

Ercheint 6mal wöchentlich, mit Wochenschrift, 6mal und 6mal...

Verlag: Kurt Schönbauer, Dresden...

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle, Druck u. Verlag: Germania, N.-O. für Verlag und Druck...

Veranstaltung der Sächsischen Volkszeitung...

Das Echo des Rededuells Curtius—Zaleski

Ein Achtungserfolg für Deutschland

Englische Mahnungen

Zustimmung zu den deutschen Beschwerden.

London, 22. Januar.

In einem Aufsatz im News Chronicle heißt es: Deutschland wird nicht für unbegrenzte Zeit die schändliche...

Französische Phrasen

Der deutsch-polnische Konflikt „gemildert“.

Paris, 22. Januar.

Die Morgenpresse berichtet eingehend über die gestrigen Verhandlungen des Völkerbundesrats in der Angelegenheit...

Der Verlauf der Debatte in Genf

Genf, 22. Januar.

Der große Kampf in Genf hat gestern begonnen. In mehr als dreiviertelstündiger Rede (aus der wir die wichtigsten Stellen im Wortlaut im Innernblatt wiedergeben) stellte...

Reichsaussenminister Curtius

vor überfüllten Delegations- und Journalistenreihen seine Anklage gegen Polen. Der materielle Inhalt dieser Anklage war aus den drei Polen-Noten der deutschen Regierung und aus der Denkschrift des Deutschen Volksbundes bekannt. Es bedeutete eine scharfe und berechtigte Kritik an der Untätigkeit des Völkerbundesrats, wenn Curtius feststellte, daß man es der deutschen Delegation überlassen habe, die Klage gegen Polen vorzubringen, die keine deutsch-polnische, sondern eine Völkerbundsangelegenheit sei. Dadurch begegnete Curtius dem Vorwurf Polens, als ob Deutschland politische Sonderzwecke gegen Polen verfolge, die außerhalb des Rahmens der Garantieverträge für Minderheiten lägen.

In der Beschwerde des Deutschen Volksbundes findet sich die etwas unklare Feststellung, daß der polnische Wahlterror eine Antwort auf die Rede von Trenviranus und auf die deutsche Revisionskampagne gewesen sei. Um vorweg Zaleski ein hieran anknüpfendes Entlastungsargument aus der Hand zu schlagen, stellte Curtius den Tatsachen entsprechend fest, daß die deutsche Kampagne für die Grenzrevision keine spontane Wirkung ausgelöst, sondern nur den willkommenen Vorwand für Polen geboten habe, um die deutsche Minderheit durch äußerste Gewaltmittel zu entsetzen. Bei der Feststellung des Außenministers, daß die Revision des Ostens eine Gesamtforderung des deutschen Volkes sei, horchte man auf. War es doch zum ersten Male in diesen Tagen, daß von deutscher Seite das Wort Revision fiel und es wird sich ohne Zweifel daran eine neue antideutsche Kampagne knüpfen. In Wahrheit hat Curtius nur die immer vertretene deutsche These von einer friedlichen Grenzrevision wiederholt.

Die unvorsichtige Behauptung der polnischen Note, daß ein Vergleich zwischen deutschen und polnischen Uebergriffen Deutschland am stärksten befahe, gab Curtius die willkommenen Gelegenheit, die Großzügigkeit der deutschen Minderheitenpolitik und...

den Aufforderungen der Nationalsozialisten seinem Talent nicht Gewalt angetan. Er habe das Jagdhorn, ja sogar die kleine Trompete in der Garderobe gefaßt.

Der in Genf weilende Außenpolitiker des „Petit Journal“ meint, angesichts der Atmosphäre, die gestern in Genf geherrscht habe, sei es nicht erstaunlich gewesen, daß der deutsch-polnische Konflikt über die Zwischenfälle in Oberschlesien gemildert (?) wurde.

... und der polnische Terror geht weiter

Wosna, 22. Januar.

Das Wosener Tageblatt ist auf Anordnung des polnischen Polizeidirektors Proski beschlagnahmt worden, weil das Blatt die Rede des deutschen Außenministers Dr. Curtius, die er im Völkerbundsrat in Genf über die Minderheitenfrage gehalten hat, auszugswise veröffentlichte. Die übrigen Blätter in Wosna dürften die Rede bringen. Das Wosener Tageblatt mußte noch einmal gedruckt werden. Um eine neue Beschlagnahme zu vermeiden, will das Blatt nunmehr die für die Minderheit sehr wichtige Rede des deutschen Außenministers nicht mehr bringen, zumal da, wie erinnert, die Prudenz der Zeitung schon vor den Wahlen 7 Wochen lang geschlossen war und somit einen sehr schweren wirtschaftlichen Schaden erlitten hat.

Warschau, 22. Januar.

Im Verwaltungsausschuß des Sejm kam es gestern zu einer Aussprache über den ukrainischen Autokratismus wegen der jüdischen „Verdrängung“ Ostgaliziens. Der ukrainische Abgeordnete „Gajdaruk“ erklärte, in den nach polnische Aufsicht besteuerten Dörfern habe man ungeschuldige Bauern massenweise vertrieben. In einigen Fällen seien die Vertriebenen sogar ihren Verletzungen erlegen. Der Sozialist Gajdaruk führte aus, in 13 Jahren der polnischen Unabhängigkeit sei man mit der Lösung des Nationalitätenproblems in Polen noch nicht vorwärts gekommen. Die Regierung habe offenbar verstanden, daß in Polen fast ein Drittel der Bevölkerung nicht polnisch sei. — Nach Beendigung der Aussprache wurde der Antrag auf Bildung einer besonderen Untersuchungskommission, die die ukrainischen Vorfälle zu prüfen hätte, vom Regierungsbüro abgelehnt.

die Willkürherrschaft der deutschen Behörden gegenüber den vereinzelt Uebergriffen schweigen, die sich an zahllosen Beispielen erhärten ließe. Calonder werde befähigen können, daß seine Aufgabe im deutschen Teil von Oberschlesien viel weniger bornenvoll ist als auf polnischer Seite, wo man jeden angelegentlichen deutschen Uebergriff mit jenen wütenden Gewalttaten beantwortet. Daß Curtius die polnischen Greuel in der Ukraine nur gestreift hat, ist angesichts der Schwere des deutschen Kampfes verständlich und bedeutet ein Appell an andere Mächte, wie England, endlich ihren Völkerbundsobligationen zum Schutze der Minderheiten gerecht zu werden.

Zaleski Antwort

war insofern eine Sensation, als der polnische Außenminister sich zu einem Eingeständnis der Vertragsverletzung und zur grundsätzlichen Annahme der Forderungen des Deutschen Volksbundes verstand. Bezeichnenderweise stützte sich Zaleski in seiner, störend und schlecht vom Blatt gelassenen, Antwortnote fast ausschließlich auf die vorsichtigeren Note des Volksbundes und erwähnte die deutschen Beschwerdenoten nur in einigen schwachen Punkten. Dem Gedankengang der polnischen Note folgend, machte er erneut Trenviranus für den Wahlterror verantwortlich, polemisierte gegen die Revisionsformel des deutschen Außenministers und zog dann einen Vergleich zwischen der Lage der Minderheiten in Polen und der in Österreich. Die Aufständischen, die ihr Blut fürs Vaterland vergossen haben, hätten allerdings im patriotischen Ueberschwange gesteht, aber gegen die ehrenrührigen Angriffe hätte der Verband Anklage erhoben.

Ein dreites Stück war es, den Ehrenvorstehenden des Verbandes, Gracjanowski, damit zu entschuldigen, daß auch Hindenburg Ehrenvorsitzender des Stahlhelms sei. Wie müssen einen solchen Vergleich aus das höchste zurückweisen, da er der Ehre und Würde des deutschen Reichspräsidenten nahetritt. Im übrigen gab Zaleski zu, daß der Verband nicht nur humanitäre Zwecke, sondern auch politische und militärische verfolgte. Eine Sonderstellung des Verbandes behalte aber nicht, so daß der dritte Punkt des deutschen...

Volksbundes unausführbar sei. Jedenfalls bedeutet die Annahme der Wiedergutmachungsforderung des Volksbundes bereits einen gewissen Rückzug, ebenso wie die Tatsache, daß Zaleski es nicht gewagt hat, die Anklage wegen der Mißhandlung der Behörde zu bestritten.

Curtius' Replik

untertlich in wirksamer Weise die Tatsache, daß die polnische Regierung selbst durch die Einleitung der Strafverfahren den Beweis für die Terrormaßnahmen erbracht habe. Die 17 von der polnischen Regierung eingeleiteten Disziplinarverfahren genügen nicht. Der Völkerbundsrat müsse jetzt näher den Zusammenhang zwischen den polnischen Behörden und den Gewalttaten der Aufständischen untersuchen. Der Wojwode Gracjanowski, der geistige Führer des Aufständischen Verbandes, sei der böse Geist des Deutschtums in Oberschlesien. Der Vergleich Zaleskis zwischen dem Stahlhelm und dem polnischen Aufständischen-Verband müsse zurückgewiesen werden. Der Stahlhelm sei kein Aufständischenverband und habe niemals Gewalttaten gegen Minderheiten vorgenommen. Der Aufständischenverband sei hingegen von der polnischen Regierung unterstützt worden, sei militärisch organisiert und halte Manöver ab.

Mit erhobener Stimme erklärte Dr. Curtius, er wisse es mit Empörung zurück, daß der polnische Außenminister den Wojwoden Gracjanowski mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg in einem Atemzuge genannt habe. Es sei verwerflich, Gracjanowski, diesen bösen Geist des Deutschtums in Oberschlesien, mit Hindenburg zu vergleichen, dessen Verantwortungsgefühl und Gerechtigkeitssinn allgemein bekannt sei. Es sei eine gute Gepflogenheit in den parlamentarischen Ländern, das Staatsoberhaupt nicht in die Debatte zu ziehen, und er möchte wünschen, daß diese Gepflogenheit auch im Völkerbund gelte.

Zu den Schlussfolgerungen übergehend, erklärte Dr. Curtius, er habe mit Genugtuung festgestellt, daß der polnische Außenminister eine Verletzung der Bestimmungen der Art. 75 und 81 der Genfer Konvention zugegeben habe, daß eine Reihe von Verfahren eingeleitet sei und daß beachtet sei, Schadenersatz und Gültigkeit zu leisten. Aber das genügt nicht. Es müsse auch für die Zukunft gesorgt werden, daß solche Dinge sich nicht wiederholen. An der Frage der Aufständischenorganisation und ihrem Zusammenhang mit den Behörden könne man nicht vorbeigehen. Der Völkerbundsrat müsse zu diesen Dingen Stellung nehmen, denn er sei der Hort der Minderheiten.

Zaleski, der nachmals das Wort ergriff, wählte auf die Ausführungen des deutschen Außenministers nichts zu erwidern. Der polnische Außenminister begnügte sich mit dem Hinweis, daß die deutschen schließlichen Gerichte eine polnische Minderheitenkommission mit der Bestimmung geschlossen hätten, sie sei gegen Frankreich gerichtet. Er möchte sich durch einen Aufschub von Dr. Curtius befehlen lassen, daß diese Entscheidung von der nächsthöheren Verwaltungshöhe sofort aufgehoben werden soll.

Das Rededuell zwischen den Außenministern Deutschlands und Polens hat also zunächst mit einem Freisiegewinn für Dr. Curtius geendet. Man muß sich aber in Teufelskudde darüber klar sein, daß damit nur eine scheinbare Ausgangspolition für den Kampf um die Minderheitenfrage genommen ist. Entscheidend wird sein, wie sich die Mehrheit des Völkerbundsrates zu den von Curtius erhobenen Forderungen stellt. Gewiß wird Polen hinter den Kulissen alle Mühen springen lassen, um die deutsche Aktion lahmzulegen. Es wird großer Fähigkeit bedürfen, um zu verhindern, daß auch dieser Streitfrage — wie so mancher anderen vorher — in Genf ein „Begräbnis erster Klasse“ bereitet wird. Die gesamte deutsche Öffentlichkeit muß die deutsche Delegation in diesem Kampf unterstützen.

Der Streit um die Prohibition in 1931

Washington, 20. Januar.

Der Wiederahm-Bericht über die Durchführung des Prohibitionsgesetzes ist das Ereignis des heutigen Tages und vornehmlich vieler kommenden Wochen. Senator Blaine reichte alsbald einen Antrag auf Abänderung des achtzehnten Zusatzes der Verfassung im Sinne des gemeldeten Kommissionsvorschlages ein. Falls die Aufhebung des Prohibitionsgesetzes wirklich in diesem Jahre vom Bundeskongreß mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden sollte, mühe dieser Beschluß von zwei Dritteln aller Einzelstaaten-Parlamente mit der gleichen Mehrheit ratifiziert werden, so daß die Aufhebung des Prohibitionsgesetzes erst nach Jahren in Kraft treten könnte. Ein weiteres Hindernis in die gemeldete Opposition des Präsidenten Hoover gegen eine Aufhebung oder Wiltzung der Prohibition.

Wie „Washington Star“ meldet, erregte Hoovers Stellungnahme große Bestürzung in den Kreisen der „Raucher“, da er in seiner berühmten Rede, mit der er seine...

Abstellung als Präsidentschaftskandidat annahm, von der Prohibition als einem „verdienstlosen Versuch“ (no-bis experiment) sprach, legt aber keine Haltung neutralen Abwärtens vollkommen aufgab und sich der intransigenten Stellung der Prohibitionen Anhänger angeschlossen.

Reichshaushalt und Parteipolitik

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Der Reichshaushalt, mit dessen Durchberatung zur Zeit der Haushaltsausschuss des Reichstags beschäftigt ist, ist zweifellos das wichtigste Gesetzgebungswort, das vom Parlament zu erledigen ist, denn in ihm spiegelt sich der ganze politische, finanzielle, wirtschaftliche und kulturpolitische Zustand eines Volkes wider. Die alte Sitte, daß die erste Lesung des Etats mit einer Aussprache über die allgemeine Politik verbunden wird, ist deshalb durchaus sinnvoll und folgerichtig. Deshalb ist aber auch die Pflicht der Parteien, dieses wichtige Gesetz mit Ernst und Sachlichkeit zu erledigen, besonders klar und selbstverständlich. Leider entspricht die tatsächliche Praxis nicht dieser Anforderung. Nichts ist leichter zu begreifen, als daß gerade bei einem so umfangreichen und weitreichenden Gesetz, wie es der Reichshaushalt ist, die sachlichen Meinungsverschiedenheiten, durch die die Parteien getrennt sind, in die Erscheinung treten. Nichts ist aber auch wertvolleres, als wenn Kräfte und unerschöpfliche Parteipolitik sich des Reichshaushaltes bemächtigt, um daran das Feuerwerk ihrer Agitation zu entzünden. Doppelt wertvollere ist diese Methode in einem Zeitpunkt wie dem gegenwärtigen, wo von der Sanierung unserer Finanzen so unendlich viel für unsere gesamte politische Entwicklung abhängt. Der Zentrumsabgeordnete Erling hat sich in der Donnerstag-Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags genötigt gesehen, gegen die sensationelle Ausbeutung Front zu machen, der das finanzpolitische Exposé des Reichsfinanzministers Dietrich in einem Teil der Reichspressen zum Opfer gefallen ist. In seinen Schlagzeilen wurde da das „Milliarden-Defizit des Reiches“ in die Welt hinausposaunt, als ob es sich dabei um ein neues Defizit handelte und nicht um eine Angelegenheit, die schon seit Monaten bekannt und durch Maßnahmen der Reichsregierung berücksichtigt worden ist. Abgeordneter Erling hatte recht, wenn er sagte, das Geld, das durch eine solche Berichterstattung in Deutschland hervorgerufen würde, sei so groß, daß man sich leichten Endes überlegen sollte, ob die Regierung nicht gegen eine solche sensationelle und unwarne Berichterstattung einschreiten müsse. Diejenigen, denen diese moralische Ohrfeige zugedacht war, haben sofort verstanden, daß sie gemeint waren und haben auf ihre Weise darauf reagiert. Daß die Zuchtigung, die Erling ihnen hat zuteil werden lassen, heilsame Wirkungen haben wird, ist allerdings bei dem Charakter dieser Art von Opposition nicht wahrscheinlich.
Wir sind die Letzte, die eine scharfe Durchleuchtung des vorliegenden Etats nicht für patriotische Pflicht hielten. An die Spitze aller Kritik muß aber doch wohl die Anerkennung für die Regierung und besonders auch für den Reichsfinanzminister Dietrich gesetzt werden, daß der ernste Wille zum Ausdruck kommt, einen wahrhaften Notetat aufzustellen, der in Einnahmen und Ausgaben der Wirklichkeit Rechnung trägt. Dann bleibt immer noch Raum genug für Kritik und Verbesserungen in Einzelheiten. Nur von einem können wir uns keinen Nutzen versprechen, von der deutschnationalen Grundeinstellung nämlich, daß jeder Etat schlecht ist, bei dessen Aufstellung nicht der Wille, das Reparationsproblem neu aufzurollen, in der Erscheinung trete. Wir müssen die Dinge nehmen, wie sie augenblicklich sind, und dazu gehört die Unmöglichkeit, einen Etat aufzustellen, als ob wir bereits ein Moratorium hätten.

Leider hat auch der vorkparteiliche Redner Dr. Cremer, also der Wortführer einer Partei, die in der Regierung vertreten ist, den Etat und den Finanzminister in einer Weise kritisiert, die Widerspruch herausfordert. Wir haben nicht das Bedürfnis, der Volkspartei Form und Maß ihrer Kritik vorzuschreiben, wohl aber haben wir das Recht, auszusprechen, was uns an dieser Kritik nicht gefällt. Und da sind wir allerdings der Meinung, daß der Redner der Volkspartei, ohne sich jauchend etwas zu vergeben, etwas weniger polemisch und etwas weniger agitatorisch hätte sprechen können. Auf eine gewisse Parteipropaganda läuft es aber — bewußt oder unbewußt — hinaus, wenn Dr. Cremer (wie übrigens vor ihm schon Dr. Dingeldey) die Forderung aufstellt, es müßten im neuen Etat weitere 300 Millionen Mark gestrichen werden, widrigenfalls die Volkspartei das Kabinett Bräuning nicht weiter unterstützen könne. Man sollte doch Forderungen, die eine sachliche Diskussion verdienen, nicht mit derartigen ultimativen Drohungen belasten! Die Volkspartei dürfte sich irren, wenn sie sich vor solchem „forschen“ Vorgehen eine Erhöhung ihres Prestiges im deutschen Volke verspricht. Dazu kommt, daß die Volkspartei sich die Sache etwas leicht macht. Es ist sehr einfach, eine weitere Reduzierung der Ausgaben um die „Reinigkeit“ von 300 Millionen Mark zu verlangen, die Sorge aber, wie das gemacht werden soll, der Regierung oder anderen Parteien zu überlassen. Wir können dem Reichsfinanzminister nur zustimmen, wenn er Herrn Dr. Cremer erwiderte, wer eine solche Forderung stelle, müsse wenigstens Anhaltspunkte dafür geben, wo er die Einsparung für möglich halte. Auch wir halten es für kaum vermeldbar, daß auf der Ausgaben Seite des Etats weitere Abstriche gemacht werden. Der Reichsfinanzminister hat selbst angegeben, daß ihm der Ausgleich im Etat nur durch einen „gemäßigten Optimismus“ bei der Einschätzung der Einnahmenseite im Etatjahr 1931/32 möglich gewesen sei. Der Finanzminister kalkuliert nämlich eine, wenn auch bescheidene Besserung unserer Wirtschaftsverhältnisse im Jahre 1931 ein und nimmt deshalb den Steueranfall um 100 Millionen Mark niedriger an, als er es auf Grund der Erfahrungen im zu Ende gehenden Etatjahr tun müßte. Man kann mit allem Ernst die Frage aufwerfen, ob dieser Optimismus nicht etwas riskant ist. Im Sinne einer restlos soliden Finanzgebarung dürfte es doch wohl liegen, wenn derartige unsichere Faktoren, die nach dem eigenen Ausspruch des Ministers mit Gefühlsmomenten zusammenhängen, aus der Staatsausstellung beiseite werden. Erweist sich dann die Hoffnung auf eine Besserung unserer Wirtschaftslage im Laufe des kommenden Jahres als berechtigt — um so besser!

Wir unterstützen also das Verlangen nach weiteren Ausgabenentzügen, die aber nicht nach der Vorliebe einzelner Parteien für die oder jene Ersparnismöglichkeit, sondern nur rein sachlich ausgeführt werden dürfen. Die

Abbruch der Europatagung

Ein Friedensmanifest

Genf, 22. Januar.

Der europäische Ausschuss hat in seiner Schlußsitzung am Mittwoch auf Vorschlag der vier europäischen Großmächte Frankreich, England, Deutschland und Italien ein kurz vor Schluß der Sitzung von Irland vorgelegtes allgemein-politisches Manifest angenommen, das eine gesamteuropäische Rundgebung für den Frieden bedeutet. Das Manifest hat folgenden Wortlaut:

„Wir haben während der letzten Tage unter uns die Probleme geprüft und erörtert, die sich jetzt für die Regierungen herausstellen haben und wir haben hierbei klar festgestellt, daß eines der Hindernisse für die wirtschaftliche Wiederherstellung der Mangel an Vertrauen in die Zukunft auf Grund der Beschränkung ist, die im Hinblick auf die gegenwärtige politische Lage besteht. Diese Beschränkung ist durch gewisse Gerüchte erhöht worden, die von unverantwortlichen Kreisen über die Möglichkeit eines internationalen Krieges herkommen. Wir erkennen an, daß gegenwärtig in Europa politische Schwierigkeiten bestehen und daß diese durch die Unsicherheit und den wirtschaftlichen Druck, infolge der allgemeinen Krise erhöht sind. Das Beste, was wir tun können, um die notwendigen wirtschaftliche Lage zu verbessern, ist keinen Zweifel an der Solidität des Friedens in Europa aufkommen zu lassen. In unserer Eigenschaft als Minister des Auswärtigen oder verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten legen wir Wert darauf, zu verkünden, daß wir mehr denn je entschlossen

finden, um den Mechanismus des Völkerbundes zum Nutzen zu machen, um jede Anwendung von Gewalt zu verhindern.“

Auf Vorschlag Brindas schlossen sich ohne Aussprache die übrigen europäischen Mächte diesem Manifest mit lebhaftem Beifall an. Der Schweizer Vorschlag begrüßte die den übrigen europäischen Mächten gegebene Möglichkeit, dem Manifest beizutreten.

In der Schlußsitzung wurden noch fünf Entschließungen angenommen, in denen die künftigen Arbeiten, die bis Mai durchgeführt werden sollen, festgelegt sind. Die Entschließungen beziehen sich hauptsächlich auf landwirtschaftliche Fragen, die bekanntlich Hauptgegenstand der Konferenz gewesen sind. Ausschüsse wurden gebildet für die Frage des Abfalles des sofort verfügbaren Getreide-Uberschusses, ferner die Frage des künftigen Abfalles der Getreide-Uberschüsse, und schließlich für die Frage der Agrarkredite.

Die europäische Konferenz fordert alle Mitglieder auf, die Genfer Handelskonvention vom März 1930 sobald wie möglich in Kraft zu setzen und die auf der zweiten Zollfreihandelskonferenz im November vorigen Jahres angeregten zweiseitigen handelspolitischen Verhandlungen aktiv zu betreiben. — Die Konferenz fordert den Generalsekretär auf, der Malagana den Bericht über die Arbeitlosigkeit und ihre schweren Folgen für die europäische Wirtschaft, entsprechend dem Beschluß der Völkerbundversammlung vom September vorigen Jahres vorzulegen.

Krach im Haushaltsausschuss

Paris gegen SPD.

Berlin, 22. Januar. Im Haushaltsausschuss kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, die die Beschlußfähigkeit des Hauses zur Folge hatten.

Dr. Rosenfeld (Soz.) kritisierte die reichsgerichtliche Rechtsprechung zum Hochverrat. Er erklärte u. a., der Hochverratsprozess gegen die Reichswehroffiziere habe sich ganz anders abgepielt als die üblichen Hochverratsprozesse gegen die Kommunisten. Es seien dabei Verbrechen als Zeugen vorgekommen. Der Höhepunkt sei es gewesen, als man dem Hochverräter Hitler das große Wort gestaltet habe. Als hierauf von nationalsozialistischer Seite gerufen wurde: „Das wird Ihnen teuer zu stehen kommen“, fragte Abg. Wiederemann (Soz.) was das heißen solle. Rosenfeld fuhr fort, das seien die üblichen Drohungen, über die sich die Sozialdemokraten schon gar nicht mehr aufregten. Mit fast der gleichen Verärgerung, wie in den üblichen Kommunistenprozessen könne man ohne weiteres auch Nationalsozialisten verurteilen, deren aufreizende Redemethoden höchstens noch schärfer seien als die der Kommunisten.

Abg. Schwarz (Natsoz.) gab darauf die Erklärung ab, daß die Beleidigung, die Rosenfeld gegen Hitler ausgesprochen habe, ihn und seine Freunde nicht berühren, weil sie der Ansicht seien, daß ein marxistischer Jude in Deutschland überhaupt

nicht das Recht habe, mitzureden. (Erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Um so weniger könne ihn eine Beleidigung von sozialdemokratischer Seite treffen, als die Sozialdemokratie bekanntlich planmäßig seit Jahrzehnten Hochverrat getrieben habe. (Zuruf des Abg. Rothmann (Soz.): Flende Verleumdung.) Wenn über den Eid Hitler, so fuhr Schwarz fort, abschließende Bemerkungen gemacht worden seien, so sei dem nur zu entgegen, daß dieser Eid ein deutscher Eid sei und kein Talmudeid. Die Nationalsozialisten hätten im übrigen kein Vertrauen zu der so außerordentlich verübenden Justiz.

Auf die Frage des sozialdemokratischen Abg. Keil, warum der Vorsitzende, der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt, den Abg. Schwarz wegen seiner Beleidigungen nicht zur Ordnung gerufen habe, erwiderte der Vorsitzende, daß diese Beleidigungen erst die Folge der Beleidigung des Parteiführers Adolf Hitler durch Dr. Rosenfeld gewesen sei. Daß Hitler nicht Reichstagsabgeordneter sei, sei gleichgültig. Wer Hitler beleidige, beleidige ihn und seine Freunde.

Darauf verließen die Sozialdemokraten den Saal, weil sie unter dem nationalsozialistischen Vorsitzenden nicht mehr sitzen wollten. — Von Zentrumsseite wurde nun erklärt, daß das Fernbleiben einer so großen Fraktion die Weiterberatung zwecklos mache. Die gleiche Erklärung gaben die Kommunisten ab. Darauf mußte der Haushaltsausschuss seine Beratungen abbrechen und auf Donnerstag vertagen.

Parteien, die den Ernst der Stunde erannt haben, werden gewiß bereit sein, unter Hintanhaltung parteipolitischer Einseitigkeiten dafür zu sorgen, daß der neue Reichshaushalt auf dem normalen Wege verabschiedet werden kann.

Lösliche Hehe

Nachdem von amtlicher Seite mit aller Entschiedenheit festgestellt worden ist, daß an eine Erhöhung der den Beamten auferlegten Gehaltskürzung in keiner Weise gedacht sei, stellt der „Wirtschaftliche Beobachter“ diese Behauptung nochmals in einer geradezu grotesken Form auf. Von „zuverlässiger Seite“ will er erfahren haben, daß den „Dienststellen“ eine Verfürgung zugegangen sei, nach der mit Wirkung vom 1. April die Gehaltskürzung der Beamten auf 10 Prozent erhöht werde. Goebbels hat zwar einmal erklärt, daß er die Verfassung noch nie gelesen habe; aber von politisch tätigen Menschen, auch wenn sie Nationalsozialisten sind, sollte man doch das Wissen voraussetzen dürfen, daß eine Gehaltskürzung nicht einfach durch „Verfürgung“ durchgeführt werden kann. Das wird vielmehr die Methode des dritten Reiches sein, aber heute ist sie weder üblich noch überhaupt möglich. Heute ist, wer derartige Dinge behauptet, entweder ein traffer Ignorant oder ein bedenkenloser Heher, oder beides zusammen. Das letzte dürfte im vorliegenden Falle zutreffen.

Dürfen Frankreichs Frauen wählen?

Im französischen Senat beschäftigt man sich augenblicklich mit der Frage des Frauenwahlrechts, das jedoch sehr wenig Aussicht hat, angenommen zu werden. Ein zu diesem Zweck gebildeter Senatsausschuss war bereits vor Monaten zu dem Ergebnis gelangt, daß das allgemeine Frauenwahlrecht für Frankreich noch nicht durchführbar sei. Der neu eingebrachte Gesetzesvorschlag weicht in seinen wesentlichen Punkten nicht von dem früheren ab. Sollte sich die Vollerfassung des Senats mit der Frage befassen, so wird sie das Gesetz wahrscheinlich dahin abändern, daß nur Witwen und unverheirateten Frauen im Alter von mindestens dreißig Jahren das Wahlrecht zuerkannt werden soll.

* Das Reichskabinett hat sich am Mittwoch mit den Fragen der D. Hilfe beschäftigt. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

* Der badische Staatspräsident Wittmann, der Mittwochabend einer väterlichen Veranstaltung der katholischen Jugend beizuwohnen hatte, wurde auf dem Heimweg in der Karl-Friedrich-Straße von etwa zwanzig jungen Leuten, offenbar Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei, umringelt und durch Zurufe beleidigt.

* Für die deutsche Uhrenindustrie ist am Mittwoch in Rom ein wichtiger Vertrag über die Vereinbarung der Schlichtungsausschuss unter Vorsitz von Landesgerichtsrat Enders einstimmig ein Schiedsprotokoll gefaßt worden, der die Verhältniszahl der bisherigen Gehaltssteigerungen von 18 auf 20 RM. herabsetzt; Gehälter unter 125 RM. sind ausgenommen. Die Neuregelung entspricht einer Gehaltsenkung von etwa 4 Prozent.

Sächsischer Landtag

Dresden, 22. Januar.

Der Landtag hatte heute nur eine kurze Tagesordnung aufgestellt, die aus vier Punkten bestand, von denen je zwei miteinander verbunden wurden. Man war damit nicht zuletzt einem Wunsch der Presse nachgegeben, die sich in einer Eingabe gegen die Riesen-Tagesordnungen gewandt hatte, die in letzter Zeit Mode geworden sind.

Dann begründete zunächst Abg. Herrmann-Cainsdorf den sozialdemokratischen Antrag auf Vorlegung des Gutachtens über die Lage im sächsischen Steinhoblenbergbau und über die im Jahre 1929 geforderte Denkhilf über Kohlenvorkommen.

Daran soll sich die Begründung des Antrags derselben Partei schließen, der Maßnahmen gegen die Aufsaugung und Stilllegung des sächsischen Steinhoblenbergbaues fordert.

Großfeuer in einer chemischen Fabrik

Harburg-Wilhelmsburg, 21. Januar.

In der vergangenen Nacht wurde ein großer Fabrikationschuppen der Gerbstoffwerke von Günther, Brauer und Co. durch eine Feuerbrandstörung völlig eingestürzt. Auch eine größere Menge von Fertigwaren wurde ein Raub der Flammen. Der angerichtete Schaden ist groß, jedoch durch Versicherung gedeckt. Das Feuer brach gegen 11 Uhr, aus noch unbekannter Ursache aus, und griff sehr schnell um sich. Die gesamte Harburger-Wilhelmsburger Feuerwehr, zwei Züge der Hamburger Wehr sowie freiwillige Wehren wurden zur Bekämpfung eingesetzt. Der ganze etwa 25 Meter lange und 80 Meter breite zweifelhäufige hölzerne Fabrikationschuppen stand in hellen Flammen.

In dem Gebäude befanden sich außer einer Natrium-Sulfat-Anlage eine Soda- und eine Gerbstoff-Extraktions-Anlage, ferner eine Delausberreinigungsanlage der Reichlichen Werke. Das Feuer drohte auch auf das benachbarte Kessel- und Maschinenhaus überzugreifen, jedoch gelang es den Wehren, alle angrenzenden Gebäude zu erhalten. Durch starken Funtenflug waren auch die beiden entfernter liegenden Anlagen der Harburger Wollkammerei zeitweise gefährdet. Die Löscharbeiten wurden durch die auftretenden Schwefelgase fast behindert. Gegen fünf Uhr morgens war der Brand gelöscht.

* Ein Opfer Ostries in Italien. Wie dem Journal aus Rom gemeldet wird, ist der italienische Finanzmann Guallino der die Oustrie-Bank in Paris mit der Einführung der Enla-Biscosa-Aktien an der Pariser Börse beauftragt hatte, auf eine Klage der Bank von Italien in Turin festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert worden.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Wetterungsaussichten. Zeitweise aufziehende Winde aus Richtung um Südost. Vormiegend schwache Bewölkung. Nach halter Nacht am Tage mäßiger Frost. Höchstens unbedeutliche Niederschläge.

Der gel

„Es ist nicht Herr Professor. Er lächelte. „Nun wollen Sie alle brachten Sie alle, was ein?“

„Ja.“ „Mein Herr, Sie fort!“ „Ich habe Fenster herein.“ „Nicht, von“ „Gefallen.“ „Bitte sehen.“ „Gatten.“ „reelle Ausbeute.“

„Absolut. Ideellen Gründe.“ „brud in ein u.“ „denklich, als es.“ „dem letzten Z.“ „führte. Der n.“ „kurios möbliert.“ „rade vor mir.“ „wie irgendeine.“ „statue mit dem.“

„Eine Bu.“ „mir — Sie —“ „Abend vorher.“ „Ja, ich.“ „Wohlgeliebt.“ „nicht wenig.“ „pflege. Und af.“ „selbe Betradu.“

H

Subverfeld

Aufre Nach der Reichsrechnung am 31. Dezember übernehmene weiterzuführen der p. ein Vertra wegen For

Für die den parlamente ausschlaggebend aus finanzielle Interesse Kupferbergbau der Stillege Minderinnlichen Stelle Reichsmark einer Stillege 12000 Arbeit mehr als 30 Kreise, die zuzigen grobzu völlig verleder der Gesaerzeugung in dem derzwinzen wü Die im gnommenen richt der hand A. Betriebe der pro lb Kupferverlust von Einziehung rungen, jedoch Verlust erhöh 10,30 ct. f. RM. er erst erfolgte Lohn-

Dresd

Anleihen für Aktienkurse

Deutsche

6 D. Wrb. Anl. v. 8 D. Reichsanl. v. 8 S. Staat-Anl. v. 8 Landesk. Anl. v. Anl.-Schuld u. A. 40, ohne Ausl. v. D. Schuld.-Anl.

Schuldver

1/2 Dresd. Gdr. u. L. A. Gdb. 7 1/2 60. 7 1/2 60. 6 1/2 60. 6 1/2 60. 2 1/2 60. 1 Kreditanl. Säch. Gem. Goldanl. 6 1/2 60. 6 1/2 60. 6 1/2 60. 6 1/2 60. 7 1/2 60. 1 Landw. Op. 6 1/2 60. 6 1/2 60. 6 1/2 60. 6 1/2 60.

Der gelbe und der grüne Faden

Roman von Frank Keller.

(13. Fortsetzung)

„Es ist nicht so leicht, mit seinen Gewohnheiten zu brechen, Herr Professor.“
 Er lächelte über den Titel.
 „Nun wohl“, sagte er, „trotzdem Sie getrunken hatten, brachen Sie also durch das Fenster an der Rückseite des Hauses ein?“
 „Ja.“
 „Mein Kompliment! Ihr Debüt ist anerkennenswert! Zuhren Sie fort!“
 „Ich hob die Fensterläden aus und kletterte durch das Fenster hinein. Ich kam in einen leeren Raum. Das wunderte mich nicht. Von außen sah das ganze Haus leer aus. Aber —“
 „Gestatten Sie mir eine Frage!“
 „Bitte sehr.“
 „Hatten Sie — hm — irgendwelche Gedanken an eine reelle Ausbeute Ihres Abenteuers?“
 „Absolut nicht. Mein Eindruck wurde ausschließlich aus ideellen Gründen unternommen. Als Debüt hätte mir ein Einbruch in ein unbewohntes Haus genügt. Darum wurde ich bedenklich, als es mir gelungen war, die Tür zu öffnen, die aus dem leeren Zimmer, in das ich zuerst gekommen war, weiterführte. Der nächste Raum war möbliert, und er war sogar höchst kunstvoll möbliert. Die Wände waren von Draperien bedeckt. Gerade vor mir hing eine Tafel mit einer Inschrift. Sie sah aus wie irgendeine Art Gedichttafel. Daneben stand eine Buddha-Statue mit brennenden Lichtern davor.“
 „Eine Buddha-Statue mit Lichtern davor! Vergessen Sie mir — Sie — hm, Sie wissen nicht, wieviel Sie ungefähr am Abend vorher getrunken hatten?“
 „Ja, ich und ein Freund haben uns in ein paar Flaschen Whisky geteilt. Die eine davon war ziemlich alt. Das ist nicht wenig. Es ist sogar bedeutend mehr, als ich zu trinken pflege. Und als ich das Buddha-Bild sah, stellte ich genau dieselbe Betrachtung an wie Sie, Herr Professor. Ich schloß die

Augen und öffnete sie wieder, um mich zu vergewissern, ob ich träumte. Aber das Buddha-Bild war noch immer da. Es waren übrigens keine Kerzen davor, sondern zwei Goldspäne, die sich kreuzten.“
 „Nicht... Sind Sie in China gewesen?“
 „Nur in der Phantasie. In Wirklichkeit bin ich nicht über Kopenhagen hinausgekommen.“
 „Sind und dies ist also wirklich kein Versuch, sich mit Mr. Graham einen Scherz zu machen?“
 „Auf Ehrenwort, nein.“
 Der Professor sah mir eine gute Minute lang in die Augen. Ich machte die Erfahrung, daß seine Augen so durchdringend werden konnten, daß es unbehaglich war. Mr. Graham, der kein Wort von dem, was wir sagten, verstanden hatte, runzelte die Stirn, als er den Blick seines Sekretärs sah, und betrachtete mich ernsthaft. Aber er schüchelte mich nicht ein. Unwillkürlich machte ich innerlich die Bemerkung, daß der Sekretär der Chef sein sollte und umgekehrt. Nachdem er mich eine Minute angesehen hatte, schien der Professor zu einem Resultat gekommen zu sein. Er sagte unvermittelt: „Weiter, wenn ich bitten darf! Oder ist Ihr Abenteuer schon aus?“
 „Es hat noch gar nicht angefangen. Als ich die Türe öffnete und in das Zimmer trat, erfolgten die beiden Goldspäne. Was dann geschah, davon kann ich mich nicht erinnern. Ich unterstelle, daß ich sehr viel Whisky getrunken habe. Ich muß wohl lange in der Dunkelheit herumgetappt sein. Unterdessen beachte ich wohl den einzigen Lebergriff, dessen ich mich bewußt bin. Das hier fand ich heute morgen in meiner Tasche.“
 „Ich sah das kleine Buddha-Bildchen aus Nephet heroor und reichte es dem Professor. Er ließ einen Pfiff aus. Nachdem er es geprüft hatte, gab er es an Mr. Graham weiter, der Buddhas Lächeln mit einem Lächeln erwiderte, das beinahe brüderlich wirkte.“
 „Nicht irgendeine reelle Ausbeute Ihres Abenteuers haben Sie doch“, sagte der Professor. „Ein antiker chinesischer Buddha ist nicht zu verachten.“
 „Nicht chinesisch?“ fragte ich.
 „Ganz bestimmt. Aber Sie können ihn ja von einem Fachmann untersuchen lassen.“

„Gott bewahre! Ich verlasse mich auf Ihr Wort. Und daß er chinesisch ist, paßt übrigens ganz zu — aber lassen Sie mich erzählen. Meine Erinnerung ist leer von dem Zeitpunkt an, wo das Licht erlosch, bis zu dem Zeitpunkt, wo ich merkte, daß ich von jemand in einen dunklen Raum gejagt wurde.“
 „Gejagt?“
 „Gejagt. Nicht bei Licht, sondern in pechschwarzer Dunkelheit. Aber vielleicht sollte ich nicht sagen: gejagt. Der Mann, der im Zimmer war, wollte mich nicht in der gewöhnlichen Weise fangen. Er suchte mich in eine Falle hinabzulocken. Es befand sich eine Falltür im Raume. In der letzten Sekunde, durch ein reines Wunder, entging ich ihm. Und vorher hatte ich meinem Gut mit meinem Monogramm verloren.“
 Der Professor hob die Hand und unterbrach mich:
 „Lieber Herr — wie war es doch? — Gejagt! — Eine Falltür! In Kopenhagen! In einem Haus in Kopenhagen!“
 „In Kopenhagen. Sie können nicht mehr Einwände gegen meine Geschichte erheben, als ich selber heute morgen. Und Sie können mir vorhalten, wieviel ich getrunken habe. Und trotz all dem bin ich dessen, was ich sage, vollkommen sicher. Der Mann in dem Zimmer versuchte mich durch eine Falltür hinunterzuführen.“
 „Sind Sie haben wohl nicht —“
 „Ja?“
 „Sie haben wohl nicht vielleicht eine solche Situation in einem Ihrer Bücher geschildert?“
 „Ich habe viele Jahre in der Phantasie gelebt. Manchmal habe ich zu erleben geglaubt, was meine Felder erlebt haben. Ich versuche schon, was Sie meinen. Und ich war so fleißig wie möglich gegen meine Erinnerungen, als ich heute morgen erwachte. Aber allmählich, während der Whisky sich niederschloß, begann das Bild klarer zu werden. Ich versichere Ihnen, es ist so, wie ich sage. Der Mann suchte mich zu einer Falltür zu locken. Ich entronn ihn im letzten Augenblicke, und gerade in diesem Moment erblühte ich das Schlüsselloch der Einmündung. Ich stand dicht daneben. Die Falltür war einen Schritt davon entfernt, und die Tür war unverfügt.“

(Fortsetzung folgt)

Handel und Wirtschaft

Subventionen für Mansfeld

Aufrechterhaltung des Betriebes gesichert.
 Nach Ablauf der provisorischen Vereinbarung mit der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung am 31. Dezember 1930 hat es die Mansfeld-Verwaltung übernommen, ihre kupfererzeugenden Betriebe vorläufig weiterzuführen. Nimmehr ist, vorbehaltlich der Zustimmung der parlamentarischen Instanzen
ein Vertrag mit der Reichs- und Staatsregierung wegen Fortsetzung der Hilfsmaßnahmen zustande gekommen.
 Für die Entscheidung der Regierung war nach einer den parlamentarischen Instanzen vorgelegten Denkschrift ausschlaggebend das öffentliche, und zwar sowohl das finanzielle als sozialpolitische und volkswirtschaftliche Interesse an der Aufrechterhaltung des Mansfelder Kupferbergbaues. Die finanziellen Auswirkungen der Stilllegung für die Allgemeinheit auf Grund der Minder-Einnahmen und Mehrbelastungen für die öffentlichen Stellen sind von der Regierung auf jährlich 25 Mill. Reichsmark errechnet worden. Die Arbeitslosigkeit bei einer Stilllegung des Mansfelder Kupferbergbaues würde 12.000 Arbeiter und Angestellte, mit Familienangehörigen mehr als 30.000 Menschen betreffen, und die Mansfelder Kreise, die auf die Kaufkraft der Belegschaft dieses einzigen größeren Unternehmens angewiesen sind, würden völlig verelenden. Dazu kommen die Schädigungen der Gesamtwirtschaft bei Fortfall der Metallherstellung der Mansfeld A.-G., die zu einer Mehrerzeugung in dem derzeitigen Wert von ca. 33 Mill. RM. jährlich zwingen würden.
 Die im Auftrage der Reichs- und Staatsregierung vorgenommenen Begutachtungen, insbesondere der Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand A.-G. haben ergeben, daß die kupfererzeugenden Betriebe der Mansfeld A.-G. bei einem Preise von 10,50 ct. pro lb Kupfer und 45 RM. pro kg Silber mit einem Jahresverlust von ca. 8 Mill. RM. abschließen und zwar unter Einbeziehung der bisherigen Fracht- und Steuererleichterungen, jedoch ohne Berücksichtigung von Abschreibungen. Dieser Verlust erhöht sich bei den in letzter Zeit gültigen Preisen von 10,30 ct. für Kupfer und 31,40 RM. für Silber um ca. 1,2 Mill. RM., er ermäßigt sich andererseits durch die ab 1. Januar 1931 erfolgte Lohn- und Gehaltsenkung um ca. 1,1 Mill. RM. pro Jahr.

Das mit der Reichs- und Staatsregierung getroffene Abkommen sieht vor, daß der Mansfeld A.-G. zur teilweisen Deckung dieses Betriebsverlustes der kupfererzeugenden Betriebe

ein jährlicher Höchstzuschuß von 5,4 Mill. RM. und zwar bis Ende 1932, gewährt wird,
 welcher in monatlichen, bei wiederanstehenden Kupfer- und Silberpreisen entsprechend verringerten Teilbeträgen zur Auszahlung kommt und nur für die Zwecke des Kupferbergbau- und Hüttenbetriebes zu verwenden ist. Damit verbleibt der Gesellschaft bei den jetzigen Kupfer- und Silberpreisen

ein Verlustrisiko von ca. 2,5 Mill. RM.
 Nachdem das im Auftrage der Reichsregierung erstattete Sachverständigengutachten die Auffassung der Mansfeld A.-G. bestätigt hat, daß durch Betriebsverbesserungen und die Verwertung neuer technischer Erkenntnisse eine weitere Ermäßigung der Selbstkosten zu erzielen ist, die bei wieder besseren Metallpreisen wieder eine Wirtschaftlichkeit der Kupferbetriebe erwarten läßt, soll der Mansfeld A.-G. und zwar in Ansehung der erwähnten Nichtberücksichtigung der Abschreibungen,

eine weitere Beihilfe von jährlich bis zu 1,4 Mill. RM. für Betriebsverbesserungen ihrer kupfererzeugenden Anlagen zur Verfügung gestellt werden.

Die Rückzahlung der Gesamtzuschüsse hat aus den Gewinnen der Mansfeld A.-G. ab 1. Januar 1933 zu erfolgen, und zwar derart, daß die Ertragsanteile der kupfererzeugenden Betriebe je nach ihrer Höhe mit 50 bis 75 Prozent, mindestens aber 25 Prozent der Gesamtgewinne der Mansfeld A.-G. herangezogen werden. — Die Rückzahlungspflicht für die Betriebszuschüsse läuft bis zum Jahre 1935. Hingegen ist sie für die Investitionszuschüsse, sofern der Kupferbergbau nicht definitiv stillgelegt werden muß, zeitlich unbegrenzt. Die Reichs- und Staatsregierung wird im Aufsichtsrat der Mansfeld A.-G. durch einen gemeinsamen Delegierten vertreten werden.

Das so gekennzeichnete Abkommen, welches allen Beteiligten erhebliche Opfer auferlegt, schließt für die jetzigen besonderen Verhältnisse auf den Metallmärkten

die Möglichkeit, den Mansfelder Kupferbergbau fortzuführen
 und die schwerwiegenden Konsequenzen zu vermeiden, die sich aus einer definitiven Stilllegung für die Belegschaft und Bevölkerung der Mansfelder Kreise, sowie für die Interessen der Allgemeinheit ergeben würden.

Dresdner Börse vom 22. Januar

Gehalten. Bei weiterhin niedrigen Umsätzen lag die Tendenz verhältnismäßig behauptet. Am Bankenmarkt besserten sich Braunkohl um 2 Proz., die übrigen Werte auf gestrigen Basis Maschinen-Werte um Union-Dienst — 1 Proz., unverändert, Elektrizitäts-Werte eher schwächer: Bergmann + 2 Proz., Nürnberg + 1 Proz., Elektra 3 1/2 Proz., Elektrische Bahnanlagen — 5 Proz., Brauerei-Werte waren befestigt: Hase + 2 Proz., Biebeck, Ratborsner u. d. Dortmunder je + 1 1/2 Proz., Sels lehof + 2 1/2 Proz., Textil-Werte konnten sich gegenüber vorer. erst Dresd. er Gardinen + 1 1/2 Proz., Industrie Werke + 4 Proz., Am Markt der Verschiedenen gewannen Kantarlat May und Verleihs-Zänder je 2 Proz., Wunderlich 3 1/2 Proz., Sölitzer 1 Proz., Polypson 1 Proz., scheidewäch, Papier-Werte v. mach. lissig: Dr. Kurz — 2 Proz., Momoa — 1/2 Proz., Banteler + 4 Proz., Porzellan- und Glas-Werte gesamt: Tschöden — 1 Proz., Kahla + 2 1/2 Proz., Rose thal + 2 Proz., Thilois + 2 Proz. Im weiteren Verlauf drückten Realisationen auf die Kurse, sodaß sich die Haltung eher etwas abschwächte.

Berliner Produkten-Börse

Die Geschäftslage war heute besonders für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Klee, etc. ungünstig. Die Verhältnisse über den Vermarktungszustand waren im allgemeinen nicht so günstig, als die allgemeine Ansehung schien, da in der Regel die Qualität der Waren nicht so gut ist, wie es die bisherigen Quoten von 80 Prozent Inhaltswasser verleiht, wenn man normaler Weise annehmen würde, daß die Regierung die Vollmacht erhält, im Falle dringender Notwendigkeit des Exports zu verordnen. Von Interesse ist aus diesem Grunde auch das Angebot von spanischem Weizen, sowie die Kaufkraft, die für Lieferung über Deckungsziele sich zeigte, so stellen die Notierungen sich höher. Auch beim Roggen sind die Inhaltsquoten nur mäßig, und unterliegen durch das Hin- und Her der Weizen, sowie die Notierungen fest. Getreide war wenig verändert, die Nachfrage nach freien Qualitäten nicht bestanden, auch nach Futtergerste war nur wenig Nachfrage. Für Hafer wüßte das Beispiel der Dresdener Notierungen beibehalten, wenn das inländische Preisangebot nur mäßig ist. Für Klee, wie sich die Situation nicht bessert.

Amliche Preisnotierungen. Berlin, 21. I. 1931
 Für Getreide u. Ölsaaten p 100 kg, samt p 100 kg ab Station, alles Inlandmarkt

Weizen, märk.	257-260	Erbsen, Vikt.	27 00-28 00
Roggen, märk.	184-187	Erbsen, kleine	19 00-20 00
Gerste	—	Futtererbsen	20 00-21 00
Hafergerste	109-213	Pisiererbsen	20 00-21 00
Futtererbsen	188-194	Arkebohnen	17 00-18 00
Wintergerste	—	Wicken	14 00-15 00
Hafer, märk.	138-148	Leinsaat	13 00-15 00
Hafer, russ.	—	Leinsaat, gelbe	18 00-21 00
Winterweizen fr. Berlin	29.50-30.75	Sonnenbl.	—
Roggenweizen fr. Berlin	23.60-24.60	Rapskuchen	9 00-9 50
Weizenkleie fr. Berlin	10.40-10.60	Leinölkuchen	15 00-15 75
Roggenkleie fr. Berlin	9.10-9 60	Trockenmais	6 10-6 40
Raps	—	Rohschrot	13 40-13 60
Leinsaat	—	Kartoffelstärke	—

Handelsrechtliche Lieferungsverhältnisse:
 Weizen: März 277,5 — Juli 288 — Mai 288 — Juni 290.
 Roggen: März 177 — Mai 182 — Juli 186 — Juni 188.
 Hafer: März 155 — Mai 162,5 — Juli 168,5.

Dresdner Börse

Anzeihen des 100 Mark Nennwert Aktienkurse in Reichsmarkproz.

Deutsche Staatspapiere

6 1/2 % R.R. Anl. v. 20	21 1	20 1
8 % R.R. Anl. v. 27	86	81
8 % S. Staats-Anl. 27	73,5	71,5
8 % Landes-Anl. v. 27	79,5	79,5
Anl.-Schuld n. Anl.	11,25	11,2
Anl. ohne Auslos. Sch.	4	3,4
D. Schutz-Anl.	1,5	1,5

Schuldverschreibungen

5 % Dresd. G.-u. H.-V.	78,7	79
A. G. d. B.	1	1
7 % do.	90,1	91,1
7 % do.	3	3
7 % do.	97,5	96,5
7 % do.	4	4
7 % do.	99	99
7 % do.	6	6
7 % do.	108	109
7 % do.	15	15
Landw.-Ospdr. 2	95	16,1
H. da.	3	3
7 % do.	97	97
7 % do.	5	5
7 % do.	102	102
7 % do. Krdbr. 2	93,5	93,5
7 % do.	83	83

Eisenbahn- u. Transport-Aktien

Dach. F.R. Gesellsch.	41	48
Soelcherer Riesa	42,5	41

Bank-Aktien

Allg. Dt. Kred. Anst.	95	95,5
Braunsb.	119	120
Com. u. Priv.-Bank	1,5	1,7
Frankfurt	100	106
Deutsche Diskont.	100	106
Dresdner Bank	105	102
Dresd. Handelb.	131	132
Leipz. Hypoth.-Bank	129	131
Leipz. Bank	221,5	223
Sächsische Bank	119	110
S. ruden.-Kredit	137	139
Bank f. Haut.	—	—

Maschinenfabrik- u. Metall-Industrie-Aktien

Lochschneid. Kart.	21	21
Schneidpressen	27	29
Sächs. Masch. u. Metallw.	34	34
Eisenwerke	—	—
Erbsler	3	3
Paradisi	—	—
Gebler-Werke	40	42
Gewinn- u. Wschl.	97	95
Carl Hamel	84	81
Max Kohn	39	40
Polonica	24	24
Hochhaus	—	—

Papier-, Papierstoff- u. Photograph.-Artikel-Aktien

Dresdner Chromo	31	49
Hellmeyer Papier	16	16,5
Winnosa	115	113
Peniger Patent	—	—
Thule Papier	415	41
Hausermann Papier	37	40
V. Fabric phot. Pap.	110	110
de. Fern-Schreib.	220	20
Strahl- u. Fabrik	116	110
Waldhorn. Papier	—	—
Zellulose	74,5	75
Zellstoff-Verein	30,5	30,5

Sächsisch. Bronze Gießerei D.M.H.

Schneider	32	32
Schneider & Salzer	111	115,75
Sondermann & Söhne	170	170
Gehr, Unger	21,5	31,5
Lein. Werke	18	18
Union Stahl	68	68
Verein. Eschebach	20	20
Metal. Hüller	19	19
Häuser Maschinen	100	100

Elektr. Unternehmungen-Aktien

Bergmann	82	87,5
Elektra	164	165
Gas- u. Maschinen	107	107
Kraftwerk Thätig.	139	139
Pöge	—	—
Sachsenwerk	98	70,25
Sächsische Elektr.	—	—
Thür. Licht-Werk	127	127,5

Nähmaschinen- u. Fahrrad-Fabriken

Corona	—	—
Exped	—	—
Clemens Müller	20,5	20,5
Nähmasch.-Teile	45	41
Nürnberg. H.-Werke	19,5	19,5

Glasfabrik-Aktien

Brückwitz	21 1	20 1
Hoffmann	—	—
Sch. Glas	4	4
Siemens	91,25	90
Wallber & Söhne	10,5	10,8

Textilindustrie-Aktien

Baumwoll. Zwilckau	—	—
Dittendorfer	12,1	1,35
Deutsche Jute	31	31
Dresdner Weberei	35	30
Flanener Cardinet	40	41
Flanener Spinnerei	49	48
Valenciense	65	65

Verschiedene Industrie-Aktien

Helfenberg	1	1
von Heyden	26,5	26
Uebe & Co.	31,5	31
Pfaff Schulz	7	7
Wunderlich	31,5	30
Schumann	172	171
Uhlmann	64	64
Jägerwerk	60,5	60,5
Kunst-Anstalt May	119,75	120
Werkstat. Hiltner	—	—
Polypsonwerke	130	130
Rauchwag	47	47,5
Ver. Zänder	147	147,5

Schlaf und Schlafstörungen

Dresden, 22. Januar.

Ueber dieses Thema sprach im Deutschen Verein für Volkshygiene Frau Dr. med. Kahlner. Sie führte etwa folgendes aus: Schlaf ist ein Lebensvorgang, dem Mensch, Tier und Pflanze in rhythmischer Wiederkehr unterworfen sind. Zweck des Schlafes ist Aufbau wachsender Kräfte und Wiederherstellung körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit. Der Schlaf verhilft also vorzeitige Abnutzung des Organismus.

Das Wesen des Schlafes ist nicht völlig geklärt. Am meisten befriedigt die Annahme, daß die Tätigkeit des hochfeinen Ermüdungsstoffes, die einschläfernd auf das Gehirn wirken. Economo hat im Mittelhirn ein „Schlafsteuerungszentrum“ nachgewiesen, das den Schlaf regelt. Eine bewußte seelische Einstellung; zeitweilige Abkehr von allen Gefühlsregungen des wachen Lebens ist für das Zustandekommen des Schlafes notwendig.

Während des Schlafes arbeitet fast jedes Organ anders als im Wachzustand. Vollig ruht keins, auch das Großhirn nicht. Das ist die Tatsache, daß leise Bedrohungen, auf die man eingestimmt ist, auch im Tiefschlaf wahrgenommen werden. Das veränderte Schlafbewußtsein zeigt sich in der Traumarbeit. Traumreize stammen aus der Außenwelt oder gehen vom Körper aus oder sind seelisch bedingt. Der Traum zeigt die Art, wie die Seele im Schlaf Störungen verarbeitet und dadurch ein Weiterleben ermöglicht.

Der normale Mensch schläft rasch ein, erreicht bald die größte Schlusstiefe, dann wird der Schlaf leichter bis am Morgen frisches Erwachen erfolgt. Manche Menschen schlafen aber spät ein, der Schlaf bleibt leicht und vertieft sich erst gegen Morgen. Diese Leute sind früh müde und werden erst am Abend frisch.

Je jünger der Mensch ist, desto mehr Schlaf braucht er, denn der Schlaf ist die Zeit des Wachstums. Das Schlafbedürfnis Erwachsener ist verschieden: Es gibt konstitutionelle Langschläfer und Kurzschläfer. Klagen über Schlaflosigkeit sind fast nie wörtlich zu nehmen. Es handelt sich entweder um erschwertes Einschlafen oder zu frühes Erwachen oder häufig unterbrochenen oder zu oberflächlichen Schlaf.

Schlafstörungen sind entweder körperlich oder seelisch bedingt. Fast jede körperliche Erkrankung hat ihre besondere Schlafstörung. Seelische Ursachen, z. B. Sorgen, Aufregungen, geistige Nacharbeit werden oft richtig angegeben, oft liegen sie auch nicht so klar zutage. Beim nervösen Menschen steigern sich nervöse Beschwerden und Schlaflosigkeit wechselseitig. Beim hysterischen kann sich eine Schlafstörung im Sinne des Zwielf einstellen: Schlafsucht, die mitunter im Anschluß an unangenehme Lebenslagen eintritt. Schlafstörungen sind oft zu verhüten durch Befolgen der allgemeinen Hygiene, Ordnung und Pünktlichkeit beim Schlafengehen und Aufstehen sind Grundbedingungen für geregelten Schlafverlauf und müssen früh anerzogen werden.

Bei allen Schlafstörungen ist grundsätzlich die Ursache zu klären und zu behandeln. Unterstützend werden diätetische und physikalische Maßnahmen, beruhigende Arzneien, Aufklärung und seelische Beeinflussung in den meisten Fällen zur Heilung führen. In den Schlafmitteln, die nie kritisch und nicht dauernd angewandt werden dürfen, haben wir in geeigneten Fällen sichere Helfer in der Not. — Den Ausführungen der Rednerin folgten die zahlreichen Zuhörer mit schlichtem Interesse und dankten am Schluß durch lebhaften Beifall.

Dienstag, den 27. Januar, spricht Herr Sanitätsrat Dr. Höner über: „Uebung und Schonung“.

Die Feuerbestattungen im Deutschen Reich

Die vom unvergesslichen Dr. Sonnenschein zur Behauptung der heidnischen Feuerbestattung gegründete Zeitschrift „Das christliche Grab“ (Berlin E. W. Kaiserstraße 26a) bringt eine statistische Studie über den Stand der Feuerbestattungsbewegung im Deutschen Reich. Aus der Statistik geht zunächst hervor, daß die vorwiegend katholischen Reichsgebiete, wo sich ja eigentlich von selbst verhielt, an der Feuerbestattung unvergleichlich geringeren Anteil haben als das übrige Reichsgebiet. Das erste Krematorium wurde 1878 in Göttingen gebaut. Dreizehn Jahre später kam das in Heidelberg dazu. Dann folgten 1900 Hamburg, Jena und Offenbach mit je einem Leichenverbrennungssofen, in den folgenden zehn Jahren entstanden 14 Krematorien (darunter eines in Danzig), bis 1918 kamen zwölf neue hinzu, während der Kriegszeit baute man 14,

in den ersten Nachkriegsjahren bis 1924 hatte man Geld für zwölf neue Verbrennungsanstalten, in den folgenden Jahren bis 1929 baute man 28, so daß es Ende 1929 im Deutschen Reich (ohne Danzig) 92 Krematorien gab, davon in Preußen 30, in Thüringen 17, in Württemberg 9, in Baden und Sachsen je 7, in Bayern 6. Berlin hat drei Krematorien, mehr als die Hälfte der 92 Anstalten stehen in Mitteldeutschland, wo es auch in einer Reihe kleinerer Städte Verbrennungsöfen gibt; relativ gering ist ihre Zahl im katholischen Süden und Westen. Im Jahre 1929, dem letzten von der statistischen Studie erfaßten Jahre, hatten 52 Anstalten eine monatliche Verbrennungszahl von über 30, davon neun Anstalten über 100, rund 20 Anstalten besorgten monatlich 20 und 30 Verbrennungen, neun Anstalten zählten monatlich unter fünf Einäscherungen. Bei rund 800 000 Sterbefällen, die im Jahre 1929 das Deutsche Reich zählte, gab es 56 794 Einäscherungen, das sind rund 7 Prozent; im Jahre 1900 war der Prozentsatz für das ganze Reichsgebiet 0,05, im Jahre 1910 betrug er 0,58, im Jahre 1920 schon 1,181. Er ist sehr ungleich in den verschiedenen Ländern und betrug im Jahre 1929, in dem die Zahl der Einäscherungen im ganzen Reich 6,5 Prozent der Sterbefälle ausmachte: in Bremen 28 Prozent, Thüringen 24,5 Prozent, Hamburg 23,6 Prozent, Sachsen 15,7 Prozent, Hessen 5,8 Prozent, Württemberg 5,6 Prozent, Baden 4,9 Prozent, Preußen 4,8 Prozent und Bayern 2,7 Prozent der Sterbefälle dieser Länder, bzw. Städte. Das Anwachsen der Einäscherungen hängt natürlich mit der Vermehrung der Belegstellen durch Neuerrichtung von Krematorien zusammen. Ob der Gipfel dieser Entwicklung schon bald erreicht sein wird, weiß niemand es zu sagen! In den vielen Symptomen des geistigen Umwandlungsprozesses, dem große Teile des deutschen Volkes, namentlich der protestantischen Gebiete, verfallen sind, gehört gewiß auch die Zunahme der Leichenverbrennung, denn sie bedeutet Abwendung von Christenbraut und väterlicher Brauch mit der Tradition, Postgen von der Vergangenheit, Rückfall ins Heidentum, vielmehr, um das hergelebte Germanentum der vorchristlichen Zeit nicht zu beleidigen: Verfall in ein stoffliches Neuhententum.

Responstionell für Politik und Sozialwesen: Dr. W. Decker für Politik und Soz.; Dr. H. D. für Sozialwesen; Dr. H. D. für Politik und Soz.; Dr. H. D. für Politik und Soz.; Dr. H. D. für Politik und Soz.



AUSVERKAUF

15.-28. Jan.

Esders

Größtes Spezialhaus für vorbildliche Herren- und Knabenkleidung

DRESDEN PRAGER STR. Ecke Waisenhausstr.

Haarsträubend billige Preise!

- Sakko - Anzüge** nur Fabrikate erster Firmen, Einzelgrößen, jetzt schon ab RM. 9.50
- Sport - Anzüge** gute Strapazier-qualität, Einzelgrößen, jetzt schon ab RM. 9.50
- Cutaways und Westen** wertvoll, gute Strapazier-qualitäten, jetzt schon ab RM. 25.-
- Herren-Winter-Mäntel** 10% auf alle Maß- und bestellbaren (ausgen. Sonderangebote)
- Herren-Gummi-Mäntel** Ulster- u. Palet-Form, Übergang u. Wt.-Qual., jetzt schon ab RM. 19.-
- Herren-Loden-Mäntel** nur Fabrikate erster Firmen, Einzelgrößen, jetzt schon ab RM. 9.50
- Windjacken** reichliche Auswahl, prima imprägniert, jetzt schon ab RM. 8.50
- Langhosen** gestreift und in mod. Anzugstoffen, jetzt schon ab RM. 1.50
- Jünglings-Sakko-Anzüge** Konfirm.-Größen, prakt. Strap.-Stoffe, jetzt schon ab RM. 8.50
- Jünglings-Mäntel** Ulster- od. Ragl.-Form, mit od. ohne Ringe, jetzt schon ab RM. 19.-
- Knaben - Schul - Anzüge** prakt. Strap.-Stoffe in neuesten Farben, jetzt schon ab RM. 7.50

Responstionell für Politik und Sozialwesen: Dr. W. Decker für Politik und Soz.; Dr. H. D. für Sozialwesen; Dr. H. D. für Politik und Soz.; Dr. H. D. für Politik und Soz.

Durch die „Schlichter-Vereinigung“ gelangen
Bereins-Nachrichten
zur Kenntnisnahme aller Vereinsmitglieder

Katholisches Casino zu Dresden
Sonntag, den 25. Januar 1931
abends 7 Uhr
im Saale des Palmengartens,
Palmallee Straße

60. Stiftungsfest
Mitwirkung:
Konzerttänzerin **Gertrud Schöne**, Pianistin **Gertrud Bengs**, Paul und **Else Lehmann-Osten** (Begleitung), der **Lehmann-Osten-Chor** (Leitung: Paul Lehmann-Osten, Direktor der Christlichen Musikschule), **Orchesterverein Tonkunst** (Leitung: Hans Hoyer).

BALL

Eintrittskarten zu 0,75 Mark bei den Vorstandsmitgliedern und an der Abendkasse. — Einlaß 8 Uhr.
Der Gesamtvorstand.

Gammelverband Dresden & B.
Stitzjahauptstelle des Bonifatius-Gammelvereins
Montag, den 2. Februar, 20 Uhr
Winterfest
im Konzertsaal der Ausstellung
Auten bei P. Beck, Neumarkt 12, u. S. Trilmpfer, Sporengasse.

Welche brave kath. Dame
würde 53 J. alt,
allerdings arm. Schauspieler
nach treue Lebensgef. werden?
Zufchr. u. 8020a, d. Weich. d. Bl.

Besserer jung. Mann
sucht einob. möb. Zimm.
Zimmer
mit Morgenkaffe in
besser. Kaufm. im Schmelzer-
viertel Dresden. Off mit
Preisangaben unt. 7993
an die Geschäftsst. d. Bl.

Heiratsgesuche
Beieres Fräulein
berufstät., 26 J. a., 1,68 m.,
aus aut. Familie, mit voll-
ständ. Wäsche- u. Möb.-
ausstatt., willst. best. kath.
Herrn zw. Heirat kennen-
zulernen. Bewerber od. bef.
Prot. bevorzugt. Anonym
gewünscht. Werte Zuschriften
erbeten unt. H W 1991
Dresden, Hauptpostf.

Moor-Bäder
Eisenschwefel-,
Kohlens. Stahl-,
Vierzellen-
heilt selbst
lebensbedingte
Fälle: Rheumatis-
mus, Gicht, Lähm-
ungen, Frauen-
krankheiten, Herzleiden,
Nervöse Erschlaffung, Haut-
erkrankungen (Ekzeme),
Beha. Kurhaus,
Ermittlung d. Preis.
Dr. N. R. R. R.
Herrl. Waldla. Räderl. Hause, Zentralf.
Beha. Kurhaus,
Ermittlung d. Preis.
Dr. N. R. R. R.

Nach langjähriger Ausbildung an der Univ.-
Frauenklinik Königsberg Pr. unter Prof. Zange-
meister habe ich mich als
**Facharzt f. Frauenkrankheiten
und Geburtshilfe**
niedergelassen.
Leipzig, Georgiring 5 c 1. Tel. 20555.
Sprechstunden: Werktags 11-1, 5-6
(außer Sonnabend nachmittag)
Alle freien Kassen.
Privatklinik: Salomonstr. 18 a (Dr. Beckmann)
Dr. med. Clemens Wigger.

Feinbäckerei und Konditorei
Dresden - A. Otto Frenzel Vorsbergstr. 23
fernsprecher 30322
empfiehlt seine bekannt vorzüglichen
Bak- und Konditorwaren jeder Art

helfen, heißt ihm den guten Nullich-Zweibach
geben. 1 Paket 20 Pfg. Ueberall erhältlich.

Dresdner Theater

Opernhaus Freitag abends 8 Uhr Die Macht des Schicksals 8 U. 1. 801-1400 8 U. 2. 651-700 Sonnabend abends 8 Uhr Zugaben der Verandastoffe des Söldners d. Staatstheater Der Opernball Schaupielhaus Freitag abends 8 Uhr Ausschreibung B Elisabeth von England Sonnabend abends 8 Uhr Ausschreibung B Der Wissenswurm 8 U. 1. 1001-1400 8 U. 2. 125-150 Albert-Theater Freitag abends 8 Uhr Der Doppelte Moritz 8 U. 1. 901-1400 8 U. 2. 125-150	Die Komödie Freitag abends 8 Uhr Das öffentliche Aergernis 8 U. 1. 1001-1400 Sonnabend abends 8 Uhr Das öffentliche Aergernis 8 U. 1. 1001-1400 Residenz-Theater Freitag abends 8 Uhr Victoria und ihr Husar 8 U. 1. 801-1400 8 U. 2. 901-1400 Sonnabend nachmittags 4 Uhr Ausschreibung B abends 8 Uhr Victoria und ihr Husar Central-Theater Freitag abends 8 Uhr Schön ist die Welt 8 U. 1. 801-1400 Sonnabend 8 Uhr Der Zarowitzsch abends 8 Uhr Schön ist die Welt
---	---

Nummer 19

Im
Kausen
sch gegen
(siehe den
deutsche
Rede, u
Aus am

Die deut
Schritte be
Nati zum Sch
Belchwerde
in der Über
der Vorform
Oberflächen
haben. Es of
heit durch Un
wurde doch
deutsche Bev
über sich hat
Kehntlie lie
Wahlterror
politische Sch
Die politische
erinnern, daß
rallier des S
darf, sondern
legenheit
händen und dr
bundesrat ohne
men hat, gem
der Winter-
Die
acht Wo
Schleifen
auf Ding
den von
geteigen
wenn es
Vorform
Vergang
ten, das
dem So
wira

Die o

Die Tati
stoten aufge
Die Sachdar
schwerde der
Der traurige
beschwerde
Zerstörung
Zwange jedes
ihrer polit
schlichsten
und zum Teil
ausländisch
worden. Ich
von Deutsch
mühte. Ich
Greife in D
mit dem Tob
nachten Fuß
zwischen dur
beiläufig wor
h u n d e
Verleumdung

Kat

es ist et
angezeigt
genommane
in der jeme
nach Jahrb
zu unklar
ganze täglic
Anteil der
druck erhält
den preisbar
festationen
der
im Durchein
liche Luft
gelte Ingred
eben nur als
im Bewußt
das Publikum
des Volkes
eigenümlich

Dalmatien
Kämpfen nicht
Schisma ver
Gegenstand
sondern ist
kraft ganz
der Dinge ein
führdeten, jed
Kirche und
die unmittel
religions zu
barer kommt
atmosphäre
licher, ehef
waren nielmehr

Deutschlands Anklage gegen Polen

Der Wortlaut der großen Rede des Reichsaußenministers in Genf

Im Hinblick auf die große politische Bedeutung der Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen, die sich gegenwärtig vor dem Völkerbundrat in Genf abspielt (siehe den Bericht im Hauptblatt) geben wir im folgenden den Wortlaut der wichtigsten Stellen aus der großen Rede, mit der Reichsaußenminister Dr. Curtius am Mittwoch diese Auseinandersetzung eingeleitet hat.

Die deutsche Regierung war sich der Tragweite ihres Schrittes bewußt, als sie zum ersten Male von sich aus den Rat zum Schutze einer Minderheit anrief. Wenn sie nicht die Beschwerde der Minderheit abgewartet hat, so lag der Grund in der überragenden Bedeutung und dem besonderen Charakter der Vorkommnisse, die sich im November vorigen Jahres in Oberschlesien und auch in Posen und Pommern abgepielt haben. So oft auch in der Vergangenheit die deutsche Minderheit durch Unterdrückung und Gewalttaten gelitten hat, — alles wurde doch übertriften durch das Maß der Verbrechen, das die deutsche Bevölkerung in Polen während der polnischen Wahlen über sich hat ergehen lassen müssen. Das Gesamtbild der Geschehnisse ließ deutlich erkennen, daß die Kräfte, die hinter dem Wahnterror standen, offenbar glaubten, jetzt eine entscheidende politische Schwächung des Deutschtums herbeiführen zu können. Die polnische Regierung hätte nicht nötig gehabt, uns daran zu erinnern, daß eine Minderheitenangelegenheit nicht den Charakter des Streites zwischen zwei Staaten tragen darf, sondern daß sie eine reine Völkerbundangelegenheit ist. Ich bin mit dieser Auffassung ganz einverstanden und bringe mit allem Nachdruck darauf, daß der Völkerbundrat ohne Rücksicht auf das Land, das die Sache aufgenommen hat, gemäß seinen Garantiepfllichten für die Durchführung der Minderheitsrechte sorgte.

Die deutsche Regierung hatte nicht erwartet, schon acht Wochen nach den feierlichen Erklärungen in diesem Saale sich zu einem so außergewöhnlichen Schritte entschließen und die Aufmerksamkeit des Völkerbundrates auf Dinge richten zu müssen, die in höchstem Gegensatz zu den von der Gesamtheit der Völkerbundsmächte niedergelegten Grundgesetzen stehen. Es ist zu befürchten, daß wenn es dem Völkerbundrat nicht gelingt, ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen und für die Vergangenheit volle Sühne zu beschaffen, so schämen, das Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbund als dem Hort ihrer Rechte unwiederbringlich verlorenzugehen wird.

Die ober-schlesischen Wahlwischensfälle

Die Tatsachen, die die deutsche Regierung in ihren drei Notizen aufgeführt hat, möchte ich im einzelnen nicht wiederholen. Die Sachdarstellung dieser Notizen wird ergänzt durch die Beschwerde der Minderheit selbst, die dem Rat gleichfalls vorliegt. Der traurige Katalog der Gewalttaten der Minderheitsbeschwerden zeigt, daß von der körperlichen Bedrohung bis zu der Zerstörung von Eigentum und jeder Art von moralischem Zwange jedes Mittel angewandt worden ist, um die Deutschen ihrer politischen Rechte in Polen zu berauben. Die hauptsächlichsten Fälle dieser Gewalttaten sind durch die ganze deutsche und zum Teil durch die internationale Presse gegangen und von ausländischen Berichterstattern an Ort und Stelle bestätigt worden. Ich erinnere an Höhenbütteln, wo ein ganzes von Deutschen bewohntes Dorf dem Terror zum Opfer fallen mußte. Ich erinnere an den Fall des sechzigjährigen Landwirts Grzebe in Ober-Olsza, der mit einem Auto verschleppt, mit dem Tode bedroht und schließlich durch Schläge auf die nackten Fußsohlen mißhandelt worden ist, ein Gewaltakt, der inzwischen durch ein gerichtliches Verfahren in vollem Umfange bekämpft worden ist. Ich erinnere an den Fall des Redakteurs Junold-Sohrau, dessen ganze Existenz durch die schweren Verleumdungen gefährdet erscheint. Ich erinnere schließlich an

die Terrorisierung der deutschen Bevölkerung in Gollaschow. Wenn die dort hervorgerufene Erregung der Bevölkerung bedauerlicherweise zu dem Tode eines unbeteiligten polnischen Polizisten geführt hat, so ist inzwischen durch das Gericht festgestellt worden, daß der Polizist nicht, wie behauptet war, durch Deutsche, sondern durch Angehörige der Minderheit erschossen worden ist.

Das System

Fast allen diesen Fällen ist aber eines gemeinsam, das System, das darin liegt, und die Begünstigung dieses Systems durch die polnischen Behörden selbst. Fast in allen diesen Fällen hat die Polizei entweder die Ereignisse geschehen lassen, oder sie hat sogar selbst gegen die Minderheit eingegriffen. Die Gewalttaten haben sich nicht nur gegen die Vertrauensmänner des Deutschtums gerichtet, die verhaftet wurden, deren Wohnungen man plünderte, denen man die Wahlzettel und das Propagandamaterial für die Wahl weggenommen, die man zum Teil mit den Waffen in der Hand bedroht hat: Man hat selbst vor unbeteiligten Weibern und vor Frauen nicht haltgemacht. Ein Bild in die Beschwerde der Minderheit selbst zeigt, daß während und kurze Zeit vor den polnischen Wahlen in ganz Oberschlesien eine Welle des polnischen Terrors über die schuldlos deutsche Bevölkerung hinweggebraust ist. Was die Vorfälle in Oberschlesien zu einer Einheit verbindet, was ihnen ein ganz besonderes Gepräge gibt, ist die Tatsache, daß sie von einem einheitlichen, geschlossenen Willen getragen waren, der sich gegen das Deutschtum als solches richtete. Prägnant ist die Tatsache, daß die Terroraktion sich wochenlang in aller Öffentlichkeit abspielte konnte, ohne daß der oberste polnische verantwortliche Beamte des Gebietes, der Wojwode, einschritt, obwohl er mehrfach ebenso wie der Innenminister von der Minderheit um Einschreiten gebeten wurde.

Besonders charakterisiert wird aber die ganze Schwere der Sachlage durch die systematische Aktion gewisser Verbände. Mit allem Ernst muß ich hierbei auf den Ausschüßlichen Verband hinweisen. Schon in unseren Notizen ist betont worden, welche Rolle der Ausschüßlichen-Verband bei den Terroraktionen gespielt hat. Dieser Verband, der mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird, ist eine halb-militärische Organisation. Sie untersteht nach Paragraph 88 ihrer Satzungen in militärischen Angelegenheiten den Militärbehörden und kommt noch aus der Zeit der polnischen Aufstände in Oberschlesien. Sein militärischer Charakter ergibt sich daraus, daß er ständig Waffenübungen und Manöver abhält, daß seine Mitglieder die Befugnis haben, besondere Uniform zu tragen, und einen Eid leisten müssen und dergleichen mehr. Ehrenvorsitzender des Verbandes ist der Wojwode von Schlesien, dessen enge Beziehungen zu den Ausschüßlichen und ihren Entdeutschungstendenzen in allen Einzelheiten in der vorliegenden Petition des Völkerbundes geschildert werden. Aus allen darin aufgeführten Beispielen, in denen er sich immer wieder zu den Grundgesetzen des Ausschüßlichen-Verbandes bekennt hat, entlaßt nach außen hin der Eindruck, daß die Autorität der Regierung hinter denjenigen Elementen der polnischen Bevölkerung stehe, die den Kampf gegen das Deutschtum zu ihrer Parole machten.

Es ist ein Wunder, daß bei dieser Sachlage die Angehörigen des Ausschüßlichen-Verbandes mit Rücksicht auf ihre besonderen Beziehungen zu Verwaltungsbehörden, in erster Reihe den Wojwoden, glauben, in deren Sinne zu handeln, wenn sie die aus den Zeiten der Aufstände ihnen vertrauten alten Methoden der Terrorisierung und blutigen Mißhandlungen wieder aufnehmen? Aufgereizt durch die veröffentlichten Programme einer antideutschen Woche haben sie alles getan, um durch Einschüchterung, Bedrohung und Mißhandlungen die Minderheit bei der Wahl zu beeinflussen. Dabei verfolgten sie die Taktik des gegenseitigen Ausstoßes in verschiedenen Ortschaften, um bei ihren Ausschreitungen nach Möglichkeit unerkannt zu bleiben. Hiermit erklärt es sich auch, daß nach den Mitteilungen der pol-

nischen Regierung in zahllosen Fällen die Täter, die ortsfremd waren, und die den Schauplatz nach vollbrachter Tat wieder verließen, von den Betroffenen nicht festgestellt werden konnten. Wie wirksam die Betätigung der Ausschüßlichen war, ergibt sich daraus, daß ihnen nach Abschluß der Wahlen vom Vorsitzenden des Verbandes Dank und Anerkennung ausgesprochen wurden.

Die Rolle der polnischen Regierung

Die polnische Regierung bestreitet in ihren Bemerkungen nicht, daß die Angehörigen der deutschen Minderheit im Wahlkampf unter der Tätigkeit des Ausschüßlichen-Verbandes zu leiden haben. Sie macht aber einen Unterschied zwischen verschiedenen Gruppen der Minderheit und behauptet, die Aktivität des Verbandes habe sich lediglich gegen die „Deutsche Wahlgemeinschaft“ gerichtet, deren Loyalität bestritten wird. Die „Deutsche Wahlgemeinschaft“ ist die innenpolitische Organisation der deutschen Minderheit, soweit sie sich nicht zu den deutschen Sozialisten bekennt. Zu kulturellen und Rechtszwecken ist die Minderheit im „Deutschen Volksbund“ organisiert. Berufene Vertreter der Minderheitenorganisation sind bekanntlich schon mehrfach polnischerseits der Loyalität beschuldigt worden. Ich möchte erinnern an den bekannten Fall Ulich, an die Vorwürfe des Landesverrats und ähnliche Beschuldigungen, die auch im Völkerbundrat gegen Ulich und seine Organisation erhoben wurden und die sich als vollkommen haltlos erwiesen haben. Das Gericht begründete seinen Freispruch damit, daß die einzige Anklagegrundlage ein schlecht gefälschtes Stück Papler dunkler Herkunft gewesen wäre. Es ist unbegreiflich, daß die Organisation der Deutschen in Oberschlesien, sei es der Deutsche Volksbund, sei es die Deutsche Wahlgemeinschaft, immer wieder dem Vorwurf der Loyalitätslosigkeit ausgesetzt sind. Vertretung nationaler Bürgerlicher und internationaler Vertragsrechte ist keine Loyalitätslosigkeit.

Die Wahlmethoden, die gegenüber den Deutschen angewendet wurden, sind ausführlich dargelegt in der Note der deutschen Regierung vom 27. November vorigen Jahres. Es ergibt sich daraus, daß man die Deutschen mit den verwerflichsten Mitteln verhindern wollte, ihre Führer ins polnische Parlament hineinzuwählen. Durch Terror, Verhinderung der Wahlpropaganda sowie allerlei Schikanen wurde die Minderheit in ihrem wichtigsten politischen Rechte beeinträchtigt. Die deutsche Note spricht von 30 000 Einsprüchen, die eingelegt worden seien, hat aber nicht behauptet, daß die gleiche Zahl Streichungen vorgekommen sei. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß ein großer Teil der Einsprüche nicht berücksichtigt worden ist oder daß auf Grund von Vorstellungen der Beteiligten die Streichungen nachträglich wieder rückgängig gemacht worden sind. Ich bitte zu berücksichtigen, welchen Aufwand an Energie es für die Minderheit überhaupt schon bedurfte, um die Verechtigung der Einsprüche im bürokratischen Instanzenwege zu versuchen. Schon die übertrieben große Zahl unzulässiger und nicht belegter Einsprüche, zu Hunderten in mechanischem Umbruch systematisch, teilweise von Beamten herbeigeholt, mußte die Minderheit als Einschüchterung empfinden. Uebrigens gibt die polnische Regierung selbst zu, daß gegen fünfzehntausend Streichungen vorgekommen sind.

Die polnische Regierung hat in ihren Gegenbemerkungen darauf hingewiesen zu können geahnt, daß alle die traurigen Vorkommnisse in Oberschlesien, deren erheblichen Umfang sie nicht bestreitet, mehr oder weniger auf deutsche Verantwortlichkeit zurückzuführen seien. Sie spielt dabei sehr deutlich auf politische Bewegungen in Deutschland an, die gegen die Integrität des polnischen Staates gerichtet seien.

Deutschland bleibt bei vertraglichen Mitteln

Dieser politische Einwand zwingt mich natürlich, auch zu ihm hier bei dieser Gelegenheit Stellung zu nehmen. Die unveränderliche Haltung aller bisherigen deutschen Regierungen

Katholisches Dalmatien

Von Nemi Balazseskul

Es ist etwas Eigentümliches um die in Jahrtausenden, ungehört und ungeschoren, in heiliger lebendiger Lieberlieferung gewachsene Religiosität eines Volkes. Das Religiöse ist dort in der jeweils bestimmten, durch den gestalteten Schicksal der nach Jahrhunderten reichenden Zeit gegebenen Form so innig, so unlosbar allen anderen Lebensbereichen vermischt, daß das ganze tägliche Leben des Volkes, ja die Landschaft sogar, das Atmen der Erde, von dieser Durchdringung seinen eigenen Ausdruck erhält. — So ist es in Italien, wo man — abgesehen von den greifbaren, sichtbaren, monumentalen und feierlichen Manifestationen der Katholischen und Apostolischen Kirche — in jedem Hilsedörle, in den engen Gassen der kleinen und großen Städte, im Durcheinander und Miteinander des Volkes einfach katholische Luft atmet — eine vielfach zusammengekehrte, aber in einzelne Ingredienzen nicht auflösbare lebendige Atmosphäre, die eben nur als Ganzes, als Erlebnis von unversenkbarer Prägnanz im Bewußtsein haften bleibt. Und so ist es in Dalmatien, wo das Fluidum der Kirche so stark das an sich recht primitive Leben des Volkes durchdringt hat, daß das ganze Land davon einen eigentümlichen hellen und innigen Schimmer bezieht.

Dalmatien ist altes katholisches Land. Von religiösen Kämpfen nicht wesentlich berührt, vom großen abendlichen Schisma verschont, ist der katholische Glaube dem Volke nie Gegenstand bewussten und unwillkürlichen Reformen geworden, sondern ist mit der ganzen Fülle seiner übernatürlichen Gnadenkraft ganz in den natürlichen und selbstverständlichen Ablauf der Dinge eingegangen. Wer die heilige Spannung des oft gefährdeten, lebensfalls bewussten und gewissen Festhaltens an Kirche und Glauben in der deutschen Diaspora kennt, den wird die unmittelbare und etwas unbestimmte Art des Dalmatiner, religiös zu sein, zunächst etwas fremd anmuten. Nirgends greifbarer kommt dieser Unterschied zum Ausdruck, als in der Atmosphäre der Kirchen, die dort nicht so sehr Säulen feierlicher, ehrfürchtigbedeutender Andacht und Sammlung sind, sondern vielmehr der vom alten Geiste all der sieben Heiligen

erfüllte, der geweihte Aufenthaltsort des Volkes. Es sind meist wenig Weibchen vorhanden, dafür aber viel freier Raum, der fast stets von den nicht immer verhaltenen Schritten der Kommenden und Gehenden widerhallt. Mütter kommen mit ihrer Minderheit, das Kleinkind auf dem Arm, beten ihren Rosenkranz, und teilen oft gleichzeitig, in den lächeln haben niederknien, ihren Kleinen das Frühstük aus; und wie oft sieht man eine junge Mutter, auf den Stufen des Seitenaltars sitzend, ihrem jüngsten, das nicht still sein will, die Brust reichen. Diese Menschen sind mit einer für uns fast ungenügenden Selbstverständlichkeit in den Kirchen, wie im System eines guten Vaters, nicht zu Gast, sondern zu Hause. . . .

Aber wer Gelegenheit hatte, dort die Höhepunkte des Kirchenjahres mitzuerleben, dem steigt wohl eine Ahnung auf, was katholischer Glaube, der nie gefährdet war, atemberaubende Bräude, die nie gebrochen worden sind, bedeuten. Wer die Projektion am Abend des Karfreitags in der eigentümlichen Stadt der Welt, in Korcula, gesehen hat — aus deren Mittelpunkt, der tausendjährigen Kathedrale, herausquellend, um die kleineren Wälle, durch uralte Pöngengänge und winzige Gassen wachsend, die weißen Bäckermäntel der Mäntler und Knaben, und die webenden schwarzen Schleier der wohlhabenden Frauen, vom Schein der Fackeln beglänt . . . wer das Allerheiligste sah, umweht vom saligen Hauch des heiligen Stadt von allen Seiten umspülenden Meeres, hoch emporschoben im Hadernden Glanz hundertjähriger Kerzen — der weiß vielleicht, wie nie zuvor, was Ergriffenheit ist. Ich habe fast und ungläubige Menschen in dieser mittelalterlichen Stadt vor dem nahenden Allerheiligsten in die Knie sinken sehen, kühle Steptifer die Hände falten, hingestirbt von der reifen, unglückseligen Innigkeit dieses endlich gläubigen Volkes. . . . Selbst Fernsehende spürten: hier lebt — unbewußt und stark, wie alle Leben — das Vermächtnis reiner und blühender christlicher Zeit.

Es sei zum Schluß noch ein herrlicher Brauch erwähnt, ergreifend in seiner Schlichtheit. Wie alles fesselt die Volk, veredelt auch der Dalmatiner mit besonderer Liebe die Gottesmutter, die gültige Beschützerin all der gefährdeten Pfaden. Neben dem in Gärten und Weinbergen arbeiteten Mädchen

Dreie (Korcula gegenüber) ragt hoch auf den Felsen ein kleines Franziskanerkloster, von nur zwei Weibern und einem Kalenbruder bewohnt. Ein Muttergottesbild soll der Legende nach, auf wunderbare Weise in dieses Kloster gelangt sein, und diese „Engelmadonna“ wird von den dalmatinischen Seelenleuten besonders geliebt und verehrt. Steht nun ein Schiff in weite Fahrt, verläßt es die Heimat, oft, um ein halbes Jahr in der Fremde zu bleiben, verlangsamt es vor dem Kloster am Berge die Fahrt bis zu feierlichem Gelingen und grüßt die Madonna mit dreimaligem Aufschreien aller Sirenen. Und lei es auch in tiefer Nacht — die Brüder vom Berge antworten dem Grun der Sirenen mit dreimaligem Glockengeläut, senden dem ausfahrenden Schiff den heiligen Segen. . . . Ich habe einmal bei Tage durchs Fernglas gesehen, mit welcher Gebärde die auf Deck versammelte, freude Mannschaft den im Glockenklang niederschwebenden Segen empfing; sollte mich je ein glühiger Zweifel an der Gnade des Glaubens ansprechen, er wird in Nichts zerfallen vor diesem Erinnerungsbild.

Preisangaben der Landesuniversität. Für das Studium Jahr 1920/21 sind an der Universität Leipzig folgende Preisangaben gestellt worden: Theologische Fakultät: Kirchenrecht, ethisches Denken und sein Verhältnis zu Kant; Juristische Fakultät: Volkswirtschaft und Statistik in den natürlichen Stadtrepubliken der Frührenaissance; Medizinische Fakultät: Die Frage der Keimbahntheorie geschädigter Keime ist durch Fortschritte zu fördern; Veterinärmedizinische Fakultät: Ist der Actinomyces bovis Herz 1877 der einzige Erreger der Tier-Actinomykose? Philosophische Fakultät: Die Geschichte der Anthropologie in England bis auf Voltaire; 2. Sektion: Welche deutsche Liebesweisen in der Musik des 16. Jahrhunderts; Mathematische Fakultät: Die Frage der Keimbahntheorie geschädigter Keime ist durch Fortschritte zu fördern; Veterinärmedizinische Fakultät: Ist der Actinomyces bovis Herz 1877 der einzige Erreger der Tier-Actinomykose? Philosophische Fakultät: Die Geschichte der Anthropologie in England bis auf Voltaire; 2. Sektion: Welche deutsche Liebesweisen in der Musik des 16. Jahrhunderts; Mathematische Fakultät: Die Frage der Keimbahntheorie geschädigter Keime ist durch Fortschritte zu fördern. Später eingehende Arbeiten bleiben unberücksichtigt.

und der Gesamtheit des deutschen Volkes zu den politischen Fragen, auf die die polnische Regierung antwortet, ist überall in der Welt bekannt. Ich bin weit davon entfernt, sie in irgendeiner Richtung abzuwässern zu wollen. Ich verlaugne sie auch hier nicht, aber das eine sieht man: Deutschland denkt nicht daran, diese Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen. Ebenso wenig wie über die politischen Ziele selbst ist sich das ganze deutsche Volk über die unbedingt innewohnende friedliche Methode. Schon aus diesem Grunde kann die Diskussion solcher Ziele niemals den Anlaß oder Vorwand für eine Unterbrechung der Minderheiten geben.

Ebenso hinwiegend ist der polnische Einwand, daß die Aufhebung der polnischen Bevölkerung in Ostoberschlesien auf deutsche Maßnahmen gegen die polnische Minderheit zurückzuführen sei. Die polnische Gegenbemerkung spricht von Unterdrückung der polnischen Minderheit in Deutschland, durch die die Seele des polnischen Volkes in Ostoberschlesien in Gefahr versetzt worden ist. Im einzelnen spielt sie auf Vorkommnisse in verschiedenen kleineren Orten an den Grenzen des polnischen Korridors an und verweist darauf, daß diese Vorkommnisse einer Nachprüfung durch internationale Instanzen nicht unterliegen. Ich habe mich sofort wegen der in der polnischen Gegenbemerkung erwähnten Fälle erkundigt und habe feststellen können, daß in keinem dieser Fälle von irgendeinem Verstoß oder Vergehen der Behörden die Rede sein kann, daß vielmehr die Behörden alles getan haben, was nach Lage der Fälle überhaupt möglich war.

Wenn der polnischen Regierung daran liegt, einen Vergleich zwischen der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zu ziehen, so kann mir nichts erwünschter sein. Ich glaube, daß die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene großzügige Minderheitenpolitik der preussischen Regierung, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens, etwas anderes verdient, als wegen irgendwelcher Einzelfälle verdächtigt zu werden. Ich habe bereits hervorgehoben, daß die polnische Presse völlig uneingeschränkte Freiheit genießt. Trotz ausbleibender Angriffe und Verbreitung unwahrer Tatsachen hat noch in keinem Falle Beschlagnahme polnischer Zeitungen stattgefunden. In ihren Vereinen und mannigfachen Versammlungen beweist sich die polnische Minderheit völlig ungehindert. Trotz vollkommen freier und gleicher Wahl in Deutschland hat die polnische Bevölkerung nicht einen einzigen polnischen Abgeordneten, weder in den Deutschen Reichstag noch in den Preussischen Landtag entsandt; sondern sie hat ihre Stimmen zum größten Teil den deutschen Parteien gegeben.

Warum hat denn die polnische Regierung nicht einen Vergleich zwischen Deutsch-Oberschlesien und Polnisch-Oberschlesien gezogen, wo sie hier vor dem Rat jederzeit eine Bilanz hätte aufstellen können? Wozu liegt es, daß der Rat sich so häufig mit Beschwerden der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien und so selten mit Beschwerden der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien zu befassen hat?

Der Vergleich der Stellungnahme des Präsidenten der Gemischten Kommission in dem polnischen und dem deutschen Teil des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes dürfte insbesondere als auch nach dem erdrückenden Schwergewicht des Inhalts sehr empfehlenswert sein. Gewiß, ganz reibungslos geht es auch in Deutsch-Oberschlesien nicht zu, aber Vorkommnisse eines solchen Charakters sind doch recht seltene Einzelfälle.

Ich komme zum Schluß:
Die polnische Regierung hat in ihrer Gegenbemerkung die Maßnahmen mitgeteilt, die sie wegen der Vorkommnisse in Ostoberschlesien getroffen hat. Sie erklärt, daß sie alle Fälle, die einen strafrechtlichen Tatbestand enthalten, zur gerichtlichen Verfolgung gebracht habe, und daß, soweit es sich um Antragsdelikte handelt, die Formalitäten erledigt werden. Sie hat ferner erklärt, daß gegen Beamte, die pflichtwidrig gehandelt haben, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei, sowie daß den Beamten, die einen gegen die Minderheit gerichteten Vorstoß unternommen haben, eine Rüge erteilt werden würde. Sie hat des weiteren in Aussicht gestellt, den Geschädigten Schadenersatz zu gewähren.

Der Rat wird zu prüfen haben, ob diese Zusicherungen als ausreichend anzusehen sind, um das geschehene Unrecht auch nur einigermaßen wieder gut zu machen. Dafür aber, daß diese Wiederergutmachung auch praktisch durchgeführt wird, muß der Rat alle nach Lage der Sache denkbaren Garantien treffen, aber auch, wenn so für die Vergangenheit Sühne geschaffen ist, darf der Völkerbundrat es dabei nicht bewenden lassen. Wir haben

Theater und Musik

Alberttheater, Dresden. Sehr wahrscheinlich, daß der Schwank „Der doppelte Moritz“ von Toni Impehooven und Karl Mathern ein „Gebrauchstück“ ist, daß ihn sich der eine der Autoren selbst geschrieben hat, um „son ne dicke Rolle“ spielen zu können. Fühlig ist jedenfalls die hier vorhandene Rianze des Doppelgängers, der zur Abwechslung mal seinen neubehnten Bruder vertreten muß bis die Polizei durch seine Verhaftung „wegen Mordverdachts“ das plötzliche Ende herbeiführt. Moritz Krause muß sehr eilig und sehr heimlich nach London, um dort einen Coup auszuführen, hinter den seine Kollegen im Kreise der Großindustrie nicht kommen dürfen. Max Krause steht schlimm in der Klemme. (Nicht hübsch von den Autoren und auch gar nicht nötig, anzudeuten, daß diese Klemme ihn ein ins Gefängnis führen könnte!) Für die 100 000 Mark, die er braucht, milt er den ihm zum Verwechseln ähnlichen sehenden Zwillingenbruder und richtet gönlich unschuldigerweise eine so tolle Verleumdung an, daß die Richter nur so über die Gesichter des p. t. Publikums rollen. Davon zu berichten, wäre ein ebenso sinnloses wie unmögliches Verlangen. Die Autoren kennen das Theater, kennen den Reifer und kennen besonders gut das Publikum. Sie glauben auch die gehörige Prise Paprika nicht auslassen zu sollen. Aber den hatten sie nicht zur Verfügung und deshalb nehmen sie scharfen Berliner Senf. Drum schmeckt das Ganze auch mitunter nicht recht delikät. Kostes Spiel unter Lange, der selbst die Doppelgängerrollen mit Bradour spielte half darüber hinweg. Anna Stettner wieder als satirische Mama mit einem Stich ins Groteske, die temperamentvolle Lore Siegert, Ruhn, Käthe Franch-Witt (auch diesmal wieder Küchenmagd par excellence!), Käthe Wosbau, Luderer und Maria Cerof als lockeres Mädchen spielten die Hauptrollen. — Es ist fasthine. Deshalb erscheint wohl Nachsicht am Platze. Die satirische Reihe unheimlicherer Stücke verdrängt aber dann wirklich mal eine längere Unterbrechung, wenn das Alberttheater sein Bedürfnis für Dresden erweisen will.

Als Gedächtnisfeier zur 175. Wiederkehr des Geburtstages Mozarts am Dienstag, den 27. Januar, wird vor dem an diesem

auch dafür Sorge zu treffen, daß ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen. Ich habe vorher dargelegt, worin die schwerste Gefahr für die Minderheit in Ostoberschlesien liegt, nämlich in der Aktivität des militärisch organisierten Verbandes der Russländischen, der in engem Zusammengehen mit maßgebenden staatlichen Behörden Recht und dessen Wirken eine ständige schwere Bedrohung der Minderheit darstellt. Der Völkerbundrat wird sich mit dieser Organisation und ihren Beziehungen zu amtlichen Stellen eingehend befassen müssen. Wenn nicht die schuldigen Beamten, ohne Rücksicht der Person, rücksichtslos bestraft werden, wenn das System nicht geändert wird, und wenn nicht in der Verwaltung die personale Gewähr für eine unparteiische Handhabung der Minderheitenschutzbestimmungen gegeben wird, wenn die ständige Bedrohung durch Verbände nicht beseitigt wird, deren Geist und Ziel zu den vom Völkerbund proklamierten Grundgedanken des Schutzes der Minderheiten in direktem Gegensatz steht, so besteht die Gefahr weiter, daß die Minderheiten immer wieder der Recht- und Schutzlosigkeit ausgeliefert bleiben.

Diesen Grundgedanken entsprechend wird der Völkerbundrat seine Maßnahmen zu treffen haben.

Eine Beruhigung der Minderheiten, die im Interesse aller Staaten, im Interesse des allgemeinen Friedens liegt, ist nur zu

Dresden und Umgebung

Dreisabbau und Verbraucherschafft

Dresden, 22. Januar.

Aus dem Rathaus gehen uns zum Kapitel Preisabbau längere Ausführungen zu, denen wir folgendes entnehmen:

Die Preisfenkung, die vom Reichs einseitig wurde und von den Städten fortgeführt wird, hat unter vielen anderen eine höchst merkwürdige Tatsache ans Licht gezogen, die für den Erfolg der ganzen Aktion von größter Bedeutung ist: Die er-gleichend geringe Mitwirkung der Verbraucher zu deren Gunsten letzten Endes die gesamte Bewegung einleitet worden ist. Fast in allen Verhandlungen — mochten sie die Preise von Fleisch und Wurst, von Backwaren und Gemüße oder anderen Gegenständen betreffen — wieslen die Vertreter des Handels sowie der Einkaufs- und Konsumgenossenschaften übereinstimmend darauf hin, wie die Ansprüche der Verbraucher an die Beschaffenheit der Ware im Vergleich zur vorherigen Zeit gestiegen sind und in welchem Umfange hierdurch die Verkaufspreise in die Höhe gedrückt werden.

Bier muß zweifelsohne seitens der Verbraucher etwas gesehen, soll das Willkür der Preise nicht vorzeitig zum Stillstand kommen. Es ist einfach

die Pflicht eines jeden Verbrauchers, namentlich der Hausfrauen, sich lautend darüber zu unterrichten, wo man sich bei gleicher Güte der Ware am preiswertesten eindecken kann. Alle Vertreter der zuständigen Handelskreise haben freiwillig zugestimmt, daß sie sich für die möglichst allgemeine Durchführung der Preisabbauaktionen nachdrücklich einsetzen wollen. Willst jedes Verbrauchers ist es ferner, sich nicht durch hohe Rabattversprechen davon abhalten zu lassen, die Güte und den Preis der einkaufenden Ware zu prüfen und sich ein Bild darüber zu machen.

Der hohe Rabattsatz etwa auf Kosten der Güte oder des Preises gewährt

wird. Die Verbrauchervereinigungen aller Art können ihre Mitglieder nicht oft und deutlich genug darauf hinweisen, wie sehr es bei der Durchführung einer wirklich fühlbaren Preisfenkung auf die Mitwirkung und die Fähigkeit jedes einzelnen ankommt, bei jedem Kauf, den er tätigt.

Es versteht sich von selbst, daß die Behörden n durch diese Mitarbeit der Verbraucher ihrer Aufgabe und ihrer Verantwortung für eine möglichst schnelle Ausrottung der Preise an die veränderten Gesamtwirtschaftsverhältnisse nicht entgehen werden, aber, zum Schluß sei es noch einmal mit Nachdruck gesagt:

Alle ihre Bemühungen müssen wirksamlos verpuffen, wenn ihnen nicht die Mitarbeit jedes einzelnen Verbrauchers in der angebotenen doppelten Richtung dauernd zur Seite steht!

Beschlüsse des Rates

Ein Ersuchen der Stadtverordneten an den Rat, bei der Staatstheaterverwaltung auf Verbesserung des Spielplanes des Schauspielhauses hinzuwirken, ist, wie in der letzten Sitzung des Rates am Dresden mitgeteilt wurde, dem Verwaltungsausschuss als Material überwiesen worden. — Den abweichenden Beschlüssen der Stadtverordneten zur Ratvorlage über weitere Ueberlassung des öffentlichen An-

lage angelegten Lustspiele der „Compagnon“ die kleine dramatische Szene des bekannten russischen Klassikers Alexander G. Puschkin „Mozart und Salieri“ aufgeführt. Die Dauer der Abendvorstellung verlängert sich etwa um 20 Minuten.

Pläne der Dresdner Staatsoper. Zum Abschluß der Spielzeit 1930/31 beabsichtigt die Dresdner Staatsoper einen Mozart-, einen Wagner- und einen Straußzyklus zu veranstalten und in einer besonderen Auswahl der Hauptwerke des ständigen Spielplans einen Ueberblick über die Arbeit der Staatsoper in den letzten Jahren zu bieten. Für den Rest der Spielzeit sind noch eine Reihe von Neuinszenierungen und Neuaufstellungen vorgesehen. So soll Mitte Februar Hoffmanns Erzählungen in einer Neuinszenierung herausgebracht werden und für Mitte März ist die Neuaufstellung von Wagners Parsifal vorgesehen. Mozarts Figaro, Verdis Otello und Strauß' Ariadne werden ebenfalls in neuer Inszenierung wieder in den Spielplan aufgenommen. In den Monaten Februar, April und Juni werden ähnliche Aufführungen vom Ring des Nibelungen stattfinden. Zu Ostern sind wieder vier Aufführungen des Parsifal vorgesehen.

Palmengarten. Schon in der Wahl der Werke: Drei alte Stücke von Wagner, Rameau und Crotef in der stilvollsten, wirkungsvollen Bearbeitung von R. Knauf, Schuberts Sonate in A-Moll op. 42 und Schumanns Kreisleriana zeigte sich Karl Heinrich Diener von Schönberg als vornehmer und geschmackvoller Pianist. Die Technik dieses Künstlers besteht durch kristalline Durchsichtigkeit, Hochglanz-Politur und scharf profilierte Anschlagkultur, die wohl virtuosen Charakter trägt, aber durch ihre Geschmeidigkeit und Feinheit besondere Werte in sich birgt. Eine großartige Gestaltungskraft, temperamentvolle und schwingungsvolle Auffassung, feinsensibler Ausdruck und nicht minder durchsichtige, hochglanzvolle packende Wirkung. Als Neuzug für Dresden brachte Diener von Schönberg eine Suite in A-Moll von dem hiesigen Musikdirektor Hellmut Pattenhausen. Die fünf Sätze tragen die Merkmale einer gewissenhaften, solid erfassten und von schätzenswerten Können zeugenden Kompositionsstudie, sind aber in ihrer Struktur zu einseitig und etidenhaft. Man wird dabei an die Art eines Leybach, Wallace und Burgmüller erinnert. Trotz

Wieder einmal

Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtags.

Dresden, 22. Januar.

Die Nationalsozialisten kündigen wieder einmal einen Antrag auf Landtagsauflösung an. Die Aussichten auf Annahme des Antrags sind gering, da dafür außer den Nationalsozialisten nur die Kommunisten, die Deutschnationalen und vielleicht Landvolk und der eine konservative Stimmen werden. Die Wirtschaftspartei aber, die sich früher energisch gegen den Plan einer erneuten Landtagsauflösung gemeldet hat, kann angesichts ihrer jetzigen Krise kaum für den Antrag stimmen. Ebenso werden sich die Sozialdemokraten hüten, den Nationalsozialisten noch einmal zur Erfüllung ihrer politischen Wünsche zu verhelfen. Die Ablehnung des Antrages darf also als sicher gelten.

erreichen, wenn die Forderung der Verträge klar feststeht wird, wenn eine ausreichende Sühne und Wiedergutmachung eintritt, und wenn die Maßnahmen für die Zukunft von den aufrichtigen Willen aller Völkerbundsmächte getragen werden, die Heiligkeit der Minderheitenschutzbestimmungen zu gewährleisten.

Schlagwesens an die Dr. Günzche Stiftung wurde zugestimmt.

Der Rat verabschiedete ferner ein Schulortsgesetz über Unterrichtsgänge und Wandertage an den Berufsschulen. — Aus Ersparnissen der betreffenden Baukonten wurden die Mittel für einen Aufwahrungsstand für 100 Fähräder auf dem Spielplatzlande des König-Georg-Gymnasiums, für Verbesserung der Wasch- und Klosettanlagen der Jugendherberge Hafensberg, für Gangbahnoberleitung vor dem Hause der Jugend bewilligt.

Handwerkmeisterprüfungen. Die wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben es erzuliderweise nicht vermocht, die Zahl der Anmeldungen zu den Handwerkmeisterprüfungen in einem ausfalligen Ausmaße herabzudrücken. Die nächsten Prüfungen finden im Frühjahr 1931 statt. Handwerker im Regierungsbezirk Dresden haben ihr Gesuch um Zulassung zur Meisterprüfung bis spätestens 15. Februar an die Gewerbestammer, Dresden-A. 1, Brunauer Straße Nr. 50, einzulegen.

Handarbeitenverkauf der Frauenerwerbshilfe. Auch in diesem Jahre hat die Frauenerwerbshilfe einen Teil ihrer wunderschönen Handarbeiten im Preise zurückgesetzt und stellt sie nun heute Donnerstag, 22. Januar, an in ihren Geschäftslokalen, Schellstraße 9, 2., zum Verkauf. Hunderte von Frauen haben im Laufe des Jahres Arbeit in der Frauenerwerbshilfe erhalten und hunderte von guten und praktischen Stücken liegen aufgeschloßelt und müssen verkauft werden, um weiterarbeiten zu können. Darum sollte jeder, der gut und billig einkaufen will, sich erst einmal die Ausstellung in der Frauenerwerbshilfe anschauen und er wird dann mit dem beschriebenden Gefühl kaufen, daß er außer dem Vorteil, Qualitätsware preiswert erworben zu haben, eine gute Tat vollbracht hat, indem er es ermöglicht, daß Frauen im harten Tafelstehkampf durch Arbeit unterstützt werden.

Die täglichen Unfälle. Am Mittwochnachmittag kurz nach 4 Uhr wurde auf der Chemnitz Straße ein junger Arbeitende beim Verlassen eines Grundstücks von einem Personenzug getroffen und zu Boden gerissen. Der junge Mann wurde mit erheblichen Verletzungen in eine Klinik gebracht. — Am Dienstagvormittag stürzte im Betrieb einer Maschinenbauanstalt auf der Tharandter Straße ein 22 Jahre alter Weichholz aus einer Höhe von 15 Metern auf die Transmissionswelle eines Motors und schlug mit dem Kopf auf eine eiserne Platte auf. Der Verunglückte wurde mit erheblichen Verletzungen dem Johannstädter Krankenhaus zugewiesen.

Deutsche Werksstätten N. O. S. Heller au 6, Dresden. Das Amtsgericht Dresden verhandelte heute, daß der bekannte 80-prozentige Vergleich von über 87 v. S. der Gläubiger angenommen worden ist. Von Forderungen im Gesamtbetrag von 1.520.508 RM. stimmten 1.334.878 RM. dem Vergleich zu. Im übrigen erfahren wir, daß mit großer Beschleunigung die Hauptversammlung einberufen werden wird. Sie soll nicht nur den Abschluß für 1930 genehmigen, sondern auch die Sanierung durch Herabsetzung des Kapitals und Wiederherstellung durch Ausgabe neuer Aktien beschließen. — Die Holzarbeiter haben den ihnen angebotenen neuen Tarif mit 97-prozentigen Lohnabzug abgelehnt und sind wie bei zahlreichen anderen Holzfabriken in den 90-er Jahren getreten.

Der Komponist konnte mit dem Interpreten für die bestmögliche Aufnahme dazuhelfen.

Reipzig. Das 8. Symphonie-Konzert des Rundfunk ließ weder eine einheitliche, noch überhaupt eine tiefere, eine — sagen wir — feste Wirkung aufkommen. In jedem Kunstwerk muß ein unerklärliches Etwas ruhen, das zu dem inneren Leben des Empfangenden spricht. Weil sich dieses insondige Etwas nicht begrifflich fassen läßt, können gewisse Kreise das Vorhandensein dieser geheimnisvollen Kraft gleichwohl wollen gerade sie zu den Verurteilten gerechnet werden. Sie setzen sich hin und schreiben „Musik“. Ihnen geht das Aufhergehensliche, das „Koch-nie-Tageswese“ über alles. Es etwas wie ein musikalischer, was ein Kunst-Gewissen ist ihnen völlig unbekannt. Die zuhörende Masse sieht sich vor verblüffende Verheiten gestellt. Ganz wie bei der Wotzschau. Wustfallen-Wollen um jeden Preis. So auch hier. Und die überempfindliche — Publikum genannt — klatscht: „Belial! — Ist mal was anderes...“ Und nun glaubt der Volkshenker, daß er den Schwanz des Fortschrittlichen abschließend erloscht hat... Der Kreis von heute leht der Musik wesentlich näher als der von 1924. Wo er kein „Concertino“ schrieb, beim. erstellte. — Rudolf Soltan ließ Ankündigen an Un-artige Zeitschriften erscheinen... Aber diese Steppenhinder waren nicht in musikalische Nummern. Zudem mehr Diebstahl als Tanz... Wärmere im Klang und klarer in Melodie als die Taromir Weinberger (der „Schwanda“-Komponist). Etwas weniger Schall — dafür mehr Form... hatte der Quartettmeister. — Sean Gibellius (geb. 1885) (der Finne) ließ in seiner 7. „Sinfonie“ den Gesangsstimmlich Part vornehmen. Zu viel Klang etwas arm an Struktur... — Nicht über das Menschtliche des lehrhaften Abends: Tanzsuite (— Folge von Tänzen) aus Kriegerleben von Franck. Councerin (1876-81). Dem Romme war es um Wuth zu tun. Und daß sich Strauß diese allerliebsten Dinger orchestral zu betreiben gewohnt hat in besterder Mittelstufe, das macht diese Kunst zu einem Leben, das man über die intimen Reize gern das etwas hilflose des Meers vermischt. — Dr. A. Szentpaly ließte mit dem Park in Anforuch genommenen Orchester (8 Streichbässe) des Menschenmässliche. Der nicht leichte Ptrauch schickte ihm aus reichend... Solistisch hat dieser Abend den entfernter postierten Rundfunkhörer besser gefallen.

Dr. Hugo Löbmann

Die Zeite
Früher auf dem
war, liegen in
Tiel Auerchen
der sich um die
heute wird aus
Es wird bald
tief wichtig
Kampf gegen
und gegen die
Logomorgen“ be
gliedern der C
von 114 bei de
von 34 bei de
14 bei Loguey
Elektro-Werke
Eremens-Schad
kirchen 15, von
von 32 bei P
merken 8, von
10. Januar 5,
von 20 beim 7
Schultheiß Bro
Schreiner or T
größten deutsc
— Alles nur i

Für man
Jeder, wenn
den Beschäftig
kommen ist in
rechts wie un
denjenigen Pri
Deutschland g
Kulturkampf
F o r d e r u n g
der Chefredak
erikel zum 1

Was hat
tuchampes“
gewolltamen
verteilt. G
wertigetret
sollierungen
— Herrn Folk
dort, wo man
tehn unterdr
in der Bogen
zu jeder Zeit
nötig war. Im
Schuldigen
Im über
die religiösen
Zee“ gest: M
einst für die
und Heimat“
Kaiser und R
20jährigen A
ger den Tr
Wer im Glas
festlichen An

Am Son
Mannheimer
das einen eoa
Sind, aus de
Ehrt wurde
Berwelo Betru
vergelegt
Für ein
würde. Mer
tossblatt der
daß ein Geis
Geistesvermir

Der Sch
bildlich erk
arbeitsminie
stele am 29
prozentige G
huma der K
bildlich erklä

— G
tag Janua
surch für die
Der Reichsart
für verbin
hätten in den

Die C
Es ist m
Raumet wie
zu machen
worden. Z
ein junger T
gefangen, da
überprüfen
stetischeren
ins Kleinlich
Ich sehe die
eine Arbeit,
anprüchen,
begegnen m
Dr. Jofe
Mahn in de
einen Wort
Kortrag hat
hine voraus
ringlichen Z

von der
eine große V
Auge. Für
lung, für
Diese Gesen
einigen Bem
nicht viel b
Fenster dur
einige farbige
Re einmal be
Saiten genu
diese Arbeit
kannnt mit
Beingeht a
Obwohl
beht, hat die
derselben an
für alle mög
zweifellos be

Nachrichten

Die Zeiten, in denen der „Doktor ehrenhalber“ früher auf deutsch: „honoris causa“ genannt) wirklich eine Ehre war, liegen in fernerer Ferne. Damals bedeutete dieser Titel Anerkennung einer Hochschule für einen Hochschüler, der sich um die Wissenschaft Verdienste erworben hatte. Wer heute wird auch dieser Artitel am laufenden Band hergestellt. Es wird bald nötig sein, daß diejenigen, die sich den Dokortitel wirklich erworben haben, sich zusammenschließen zum Kampf gegen diejenigen, die sich für Geld den Titel kaufen, und gegen diejenigen, die ihn für Geld verkaufen. Der „Montagskurier“ hat festgestellt, daß u. a. von 66 Aufsichtsratsmitgliedern der Commerz-Bank 9, von 50 bei der Donau-Bank 11, von 114 bei der W.B.-Bank 30, von 43 bei der Dresdner Bank 6, von 34 bei der A.G. 10, von 14 bei der Bergmann-A.G. 3, von 14 bei der Bohmeyer A.-G. 6, von 18 bei der Schudert 4, von 33 bei der Elektro-Werke 8, von 11 bei Siemens u. Halße 5, von 9 bei Siemens-Schudert 6, von 9 bei Doehs 3, von 22 bei Gelsenkirchen 15, von 22 bei Ködner 9, von 25 bei Mannesmann 4, von 32 bei Hönig 8, von 25 bei Rheinischen Braunkohlenwerken 8, von 29 bei den Ver. Stahlwerken 12, von 50 bei der W.-F. 5, von 39 bei Hütters 9, von 13 bei der Sapag 3, von 20 beim Nordmerkwürdigerwerke nur 1, von 17 bei der Schultheiß-Brauerei 3, von 8 bei der Ver. Glanzstoff-A.G. 2 den Ehrenbürger-Titel haben. Von 910 Aufsichtsratsmitgliedern der größten deutschen Unternehmen sind also 200 Ehrendoktoren. — Alles nur wegen ihrer Verdienste!

Für manche Menschen ist eine nationale Feler gar keine Feler, wenn sie bei dieser Gelegenheit nicht einige Volksgenossen beschimpfen können. Diesem selbstischen Bedürfnis nachzukommen ist in Deutschland leichter als in anderen Ländern: von rechts wie von links kann man hier mit gleichem Erfolg auf denselben Prügelstock einschlagen: das Zentrum. — Nur in Deutschland gab es ein Zentrum, das in den Wehen des Kulturkampfes seine religiösen Ansprüche über die Forderungen des Vaterlandes stellte. So schreibt der Chefredakteur des „Dresdner Anzeigers“ in seinem Gebrauchsartikel vom 18. Januar.

Was hat denn das hüfe Zentrum „in den Wehen des Kulturkampfes“ getan? Es hat die religiöse Freiheit gegen den gemäßigten Zugriff des Staates mit den Waffen des Geistes verteidigt. Gemeinschaft des Glaubens, Opfermut und Ueberzeugungstreue gegen Polizeigewalt, Verhaftungen und Translokierungen — das hat es nicht „nur“ in Preußen zur Zeit des Herrn Falk unseligen Andenkens gegeben, sondern überall dort, wo man die religiöse Ueberzeugung mit staatlichen Mitteln unterdrücken wollte. Mexiko, Rußland und Litauen bieten in der Gegenwart Beispiele dafür, daß die Katholiken überall zu verbreitelt ihre Glaubensfreiheit auch gegen brutale Gewalt zu verteidigen wissen. Das dies auch in Deutschland einmal nötig war, sollten Anhänger des Liberalismus, die im 19. Jahrhundert im Bunde mit dem Reichsfeind Frankreich gegen den Träger der Reichseinheit, den Kaiser anhängelten? — Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Auch bei festlichen Anlässen nicht.

Im Sonntagblatt der evangelischen Sozialisten hat der Mannheimer evangelische Pfarrer Eckert ein Bild veröffentlicht, das einen evangelischen Pfarrer darstellt mit einem Kelt in der Hand, aus dem er eine Seifenblase mit einem Dornenkreuz bläst. Eckert wurde vom evangelischen Oberkirchenrat dafür mit einem Verweis bestraft, gegen den er Beschwerde an die Kirchenregierung eingelegt hat.

Für ein Sozialisten-Blatt ist diese Leistung nicht merkwürdig. Merkwürdiger ist schon, daß es ausgerechnet das Sonntagblatt der religiösen Sozialisten ist und am merkwürdigsten, daß ein Geistlicher dafür verantwortlich zeichnet. — Zeitgemäße Seifenvermittlung!

Der Schiedspruch für die sächsische Metallindustrie für verbindlich erklärt. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Reichsarbeitsminister den im Lohnstreit in der sächsischen Metallindustrie am 29. Dezember erlassenen Schiedspruch, der eine vierprozentige Senkung der Löhne der Lohnarbeiter und eine Senkung der Akkordarbeiterlöhne um 5 Prozent vorsieht, für verbindlich erklärt.

Sächsische Metallhütten arbeiten wieder. Am Dienstag (20. 1.) Berlin die Nachrichten über den Schiedspruch für die sächsische Metallindustrie in der sächsischen Metallindustrie. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch am Mittwoch für verbindlich erklärt. Der Betrieb wird in allen Hütten in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Die Glasfenster des Meier Domes

Valentin Busch.

Es ist merkwürdig genug, daß es heute möglich ist, in einem Bauwerk wie die Meier Kathedrale noch Entdeckungen zu machen. Entdeckungen sind in der Kunstgeschichte nicht geworden. Irgendein Gebiet, irgendein Meister, mit dem sich ein junger Doktorant zu beschäftigen hat, nehmen so sehr ihn gefangen, daß er ihre Bedeutung wie auch seine Arbeit leicht zu übersehen geneigt ist. Als Folge hiervon bleiben im schriftstellerischen Ergebnis Superlativ oder Vergleiche, die entweder ins Kleinliche abgleiten oder die Qualitätsbegriffe verschoben. Ich lege diese Bemerkung voraus, weil ich bei dem Hinweis auf eine Arbeit, die geeignet ist, weitgehende Anteilnahme zu beanspruchen, einer Skepsis von vornherein nach dieser Richtung begegnen möchte.

Dr. Josef Ernst Meis hat jüngst in Frankfurt am Main in der Elsaß-Lothringischen Gesellschaft einen Vortrag gehalten über Valentin Busch. D diesem Vortrag sind eingehende Arbeiten über diesen Künstler von ihm vorausgegangen, die als Sonderdrucke aus dem Elsaß-Lothringischen Jahrbuch erschienen sind.

Von den riesigen Glasfenstern des Meier Domes fallen eine große Anzahl durch eine ganz außerordentliche Eigenart ins Auge. Für den Kenner durch ihre besondere technische Behandlung, für den Laien zunächst durch ihre feine Gebärde. Diese Fenster tragen die Signaturen des Valentin Busch. Außer einigen Bemerkungen bei Dehio 2. B. ist über diesen Künstler nicht viel bekannt geworden. Bei der Renovierung dieser Fenster durch Prof. Geiges (Freiburg) sind wohl Photos und einige farbige Nachbildungen erstellt worden. Man wollte sie einmal herausgeben. Aber auch dazu ist es nicht gekommen. Selbst am genug, daß nun nach dem Verlust von Elsaß-Lothringen diese Arbeit von einem deutschen Gelehrten, der selbst aus Meis stammt, mit Initiative und allem notwendigen künstlerischen Feingefühl aufgenommen wird.

Obwohl die Signaturen V. B. so oft an diesen Werken wiederkehrt, hat sich niemand der Mühe unterzogen, sich der Klärung derselben anzunehmen. Die Kunstgeschichte, die Druckerschwärze für alle möglichen Bogenteile verwendet, ist an einem der unvollkommensten Bestandteilen der deutschen Kunstgeschichte.

Aufruf an die katholische Jugend

Gegen Sakentkruz und Sowjettern — Gegen Radikalismus und Revolution

Der Reichsverband der Deutschen Windhorstbunde und der Reichsjugendauschuss der Deutschen Zentrumspartei, hinter dem alle großen katholischen Jugendverbände mit rund 1 Million Mitgliedern stehen, veranstalten in der Zeit vom 22. Januar bis 1. Februar eine Kampfwache gegen den Radikalismus. Innerhalb dieser Zeit werden überall in den überwiegend katholischen Gebieten Kundgebungen der Jugend stattfinden. Der Aufruf, mit dem diese Kampfwache eingeleitet wird, hat folgenden Wortlaut:

Schwere politische und wirtschaftliche Not lastet auf unserem Volke. Vier Millionen deutsche Menschen ohne Arbeit und Erwerb. Deutsche Jugend sieht ihre Zukunft dunkel. Rutlosigkeit und Verzweiflung schließen sich ein.

Woh! in Not!
Staat in Not!

Wenn das Haus brennt, dann ist jeder Mann zur Hilfe aufgerufen. Das ist vaterländische Pflicht, nationale Tat.

Ein unverantwortlicher Radikalismus tut das Gegenteil. Nationalsozialisten und Kommunisten schüren das Feuer. Steigern die Leidenschaften. Sehen durch das Land. An den Wegen, die sie ziehen, liegen Erschossene und Zerfallene.

Das sind Sturmzeichen. Es wird höchste Zeit, dem Radikalismus von rechts und links die Stirn zu bieten.

Wir rufen zum Kampf auf gegen alle Umsturzpläne, gegen alle Diktaturbestrebungen. Sowjetrußland, das Beispiel einer proletarischen Klassendiktatur warnt. Hilfers „Drittes Reich“ würde ein Spielball politischer und wirtschaftlicher Reaktionen werden und Deutschlands Einheit gefährden.

Wir behaupten eine Politik, die die Gefahr internationaler Verwicklungen herabbeschränkt. Wie wir den Kampf der Klassen und der Rassen als gemeinschaftszerstörend ablehnen, so verwerfen wir auch den Haß und den Kampf im Völkerverleben. Es führt zu einem neuen Kriege. Völkerverhaß und Kriegshetze ist Verrat am Christentum, an Volk und Vaterland.

Wir behaupten das Reich der Gottlosen“ und alle Bestrebungen der Freidenker, unserem Volke den Gottesglauben aus dem Herzen zu reißen. Wir behaupten das nationalsozialistische Christentum und alle Bestrebungen, an die Stelle des wahren Christentums ein deutschheidlich verdrängtes Christentum mit einer arisch heldischen Heldensage zu setzen.

Auch wir fühlen die große Not unseres Volkes. Wir wissen um die Härte der uns auferlegten Verträge, um den diktatorischen Geist, der in ihnen steckt. Aus ihnen spricht nicht die Gerechtigkeit. Niemand von uns glaubt an ihre Durchführbarkeit. Aber Wahnsinn ist es zu glauben, diesen Zustand durch Gewalt ändern zu können. Neue kriegerische Verwicklungen bedeuten Selbstzerstörung und sicheren Untergang. Wir kämpfen um die Revision der Verträge, um unser Recht, um unsere Freiheit. Wir kämpfen um die Wiedervereinigung von Deutschland und Deutschösterreich in einem geeinten Europa. Wir fordern für unser Volk Lebensraum. Der Weg zu diesem Ziel ist unser Recht und der Wille zur Verständigung.

Steuerfragen

vor dem Rechtsausschuß des Landtags

Dresden, 22. Januar. Am Mittwoch hielt der Rechtsausschuß des Landtags eine Sitzung ab, in der nach einem Bericht des Vorsitzenden, des Dr. W. Müller (D. Fr.), die Vorlage betr. Einführung der Gemeindevier- und Getränkesteuer beraten wurde. § 1 der Vorlage, der die sächsische Notverordnung über die genannten Steuern außer Kraft setzt, wurde einstimmig angenommen. Die durch die Notverordnung geregelte Gemeindeviersteuer soll nur noch bis 31. März d. J. erhoben werden. Vom 1. April an werden die Steuern nach den Bestimmungen der Reichsverordnung geregelt. Während jetzt die Bezirksverbände an den Steuern teilhaben, fällt nach dem 1. April das Steuerertrahen lediglich den Gemeinden zu. Hierzu führte Innenminister Richter aus, daß die Bezirksverbände bei der demnächstigen Regelung des Landesfinanzausgleichs durch Erhöhung des Bezirksanteils schadlos gehalten werden müßten. — Gegen diejenigen Paragraphen der Vorlage, die die Erhebung der Gemeindeviersteuer bis 31. März regeln, stimmten als Minderheit die Kommunisten,

Rationalsozialisten und die Wirtschaftspartei. Dagegen fand die Bestimmung, wonach Hausstrunk an Kassefelle und Arbeiter der Brauereien von der Gemeindeviersteuer künftig befreit ist, einstimmig Annahme.


Ein kommunalistischer Antrag, der Regierung jede Genehmigung zur Erhebung der Getränkesteuer zu verweigern, wurde zur Beratung an die Fraktionen zurückverwiesen. Die Abstimmung über einen Antrag Tögel (D. Fr.) Beschließen von kommunalen Selbstverwaltungsgremien, die Getränkesteuer-Ortsgefesse aufzuheben, nicht zu widersprechen, Zustimmung zu Getränkesteuerordnungen nicht mehr zu erteilen, sofern sie nicht durch die kommunalen Selbstverwaltungsgremien selbst beschlossen worden sind, wurde abgelehnt.

Sodann trat der Ausschuss in die Beratung einer Regierungsverordnung über die Notverordnung betr. Anwendung des Wohnsitzpflegegesetzes und des Gesetzes über die Verwaltungsgerechtfertigung ein. Hierzu erbatete Wg. Güttler (Soz.) Bericht. Danach sollen die Kosten des Landesfürsorgeverbandes an die Bezirksfürsorgeverbände für Landfremde nicht mehr in jedem Einzelfalle, sondern durch eine Pauschsumme ersetzt werden. Rationalsozialisten und Kommunisten lehnten die Notverordnung ab. Die Weiterberatung der Vorlage wurde auf Mittwoch, 28. Januar, vertagt.

Koll Koll in der Galerie Arnold, Dresden.

Dem Württemberger Koll Koll, dem jetzt in Hamburg lebenden Stein-Schüler, ist eine kleine Kollektion Aquarelle und Radierungen im Graphischen Kabinett der Galerie Arnold ausgestellt. Blaue Märchenblumen, flammende Kapuzinerkresse, eine Landschaft, alles Aquarelle voll Temperament und Leben. Kesseln auch die Radierungen, so der düstere Kohlenhaken, die Aenerinnen, der mit wenigen Strichen charakterisierte Pianist. Ein leicht koloriertes Blatt zeigt Futurwäpfer am Dirigentenpult vor seinem Orchester. Es rechen sich hier die Vögel der Streichinstrumente gleichsam wie Vögel in die Luft. Ein Selbstbildnis Kolls zeigt ihn mit dem Pfeifen im Mund und dem scharf konzentrierten Blick des schaffenden Künstlers. Auch das Bild Ulula mit den erwartungsvoll gespreizten Händen hängt hier, sowie das Bildnis einer alten Frau, deren Gesicht spinnwebartig von Falten durchfurcht ist. Es ist eine ernstgestimmte Kunst, die Koll uns hier zeigt, in die nur der fidele weibliche Pierrot eine bessere Note bringt.

Eine interessante Biographie. Aus Berlin wird uns gemeldet: Ein zeitliches Zusammenreffen mit der seitlichen Aufklärung von Richard Heuberger's „Opernball“ an der Wiener und Dresdner Staatsoper bildet die Vollendung einer Heuberger-Biographie durch den Berliner Hochschullehrer und Hauptschriftsteller Robert Hornie, einem gebürtigen Wiener. Das Werk wird die erste Veröffentlichung der umfangreichen Heuberger-Erinnerungen Heuberger's sein, ebenso die erste Wiederkehr von hundertens umfangreichen Briefen, die ersttanzige Künstler an Heuberger richteten. So gelangen u. a. zur Veröffentlichung Briefe von Brahms, Goldmark, Johann Strauß, Franz Brüll, Anton Brudner, Anton Dvorak, Ed. Hanslick, Max Kalbeck, Jos. Jojisch, Rihisch, Schuch, Rottl, Franz Ritter, Peter Rosinger, J. v. Wedmann und Arthur Schnitzler.



Porzellan, Kristall
Johann Anhäuser
Ecke

schonbar vorbegegangen. Denn es gefasst Dr. Ernst Meis in seinen Arbeiten der klare Nachweis, daß Valentin Busch nicht nur etwa der Glasmaler, sondern auch der künstlerische Urheber dieser Glasfenster gewesen ist, und die Bilder werden für sich aus, daß am Ende der mittelalterlichen Glasmalerei hier eine ganz ungewöhnliche künstlerische Kraft gleichsam zusammenfassend und schon in eine neue Zeit vorausschauend eine großartige Leistung vollbracht hat.

Valentin Busch ein Straßburger, kann in seiner Tätigkeit in Meis aus den Protokollen des Meier Domkapitels nachgewiesen werden. Seine Tätigkeit fällt in die Zeit etwa von 1520-1541. Sein Werk besteht in der Hauptsache — wie auch die andere Glasfenster des Doms — aus mächtigen Einzelfiguren von Heiligen und Bischöfen. Was so viele Künstler vergeblich zu erreichen suchten, eine Verbindung einer strengen, feierlichen Formgebung mit lebendiger Ausdruckskraft, ist hier in einer überzeugenden Verbindung gelassen worden. Trotz einer strengen Stilisierung, einer Klarheit der Linie, bewegt diese Gestalten ein inneres Leben. Sprechen die Gestalten ein geistliches Leben aus. Es ist dabei in diesen Kunstwerken bei aller künstlerischen Virtuosität eine Reinheit des Erlebens und eine Naivität in den künstlerischen Ausdrucksmitteln erhalten, die die mit neuen Erkenntnissen durchflutete Probe noch mit wunderbarem Reiz verklärt. Wenn Dr. Ernst Meis auch der Nachweis gefasst, daß Valentin Busch mit italienischer Kunst sich nahe berührt hat, so muß auch hierin eine Wertmindernde festgestellt werden, die die überragende Künstlerkraft des Meisters bestätigt: das italienische Erbe hat die Einheit seiner künstlerischen Schau nicht zerstückt, sondern gewahrt, sein Wert nur durch neue Eindeutigkeit formal und geistlich befruchtet.

Es ist hier nicht die Maßlosigkeit, Irrendie auf Einzelheiten einzugehen; lediglich der Hinweis auf diese wahrhafte Entdeckung sei verstanden als Forderung der Fortsetzung dieser Arbeit mit dem Ziel einer umfassenden Veröffentlichung über diese Kunst, die zum tiefsten Eindringlichsten und Großartigsten gehört, was die geistliche und künstlerische Kultur des Mittelalters in der Glasmalerei hervorgebracht hat.

Heute wehen französische Fahnen an der Kathedrale, in welcher sich deutsche und französische Kunst zum Lobe Gottes vereint haben. Wie das Werk aus den Händen deutscher und französischer Künstler „nach einer Einheit“ geworden ist, so ist es sicher doch auch einmal möglich, die beiden Völker unter einem einheitlichen Gedanken zusammenzuführen.
Dr. W. Oeser.

